Kölner
Studierendenzeitung

01. April 2011
Ausgabe 1 / SoSe 2011

Politik und Hochschule
Studiengebühren adé. Droht jetzt die Pleite?
Seite 4

Aus dem AStA
Der neue AStA im Interview über Ziele und Projekte
Seite 8

Wissenswert
Sch(w)ule ignoriert: Umgang mit Sexualität in Schulbüchern
Seite 12

LebensArt
AStA-Film startet mit spannenden Filmen ins neue Semester
Seite 14

ASTA
Nachdruck



Ausradiert
Hunderten Kölner Studierenden droht die Zwangsexmatrikulation

Foto: _dchris / flickr.com

VON LEIF WOLTERS

Die Magister-und Diplomstudiengänge der Philosophischen Fakultät laufen aus. Hunderte Studierende verlieren zu Semesterbeginn ihren Studienplatz. Genaue Zahlen nennt die Universität nicht. Derzeit gibt es noch rund 1600 Diplom- und Magisterstudierende an der Philosphischen Fakultät. Betroffen sind diejenigen, die ihr Vordiplom oder ihre Zwischenprüfung noch nicht abgelegt haben. In den Bachelorstudiengang zu wechseln bleibt eine unbefriedigende Alternative, da unklar ist wieviele Scheine als Creditpoints angerechnet werden und die ihnhaltliche Ausrichtung stark variiert. Das Studium unter enormen Zeitdruck zu beenden ist ebenfalls nicht die beste Alternative.

Um die Zwangsexmatrikulationen zu verhindern, haben die Betroffenen diverse Aktionen gestartet. Der AStA der Uni Köln setzt sich für den Erhalt ihrer Studienplätze, sowie für die Abschaffung der zu Grunde liegenden Auslaufordnung ein und prüft die Möglichkeit einer Sammelklage.
(Seite 4)

Editorial

Liebe Kommiliton*innen, liebe Leser*innen,

dies ist die erste Ausgabe der neuen AStA-Zeitung mit dem Namen **Nachdruck**. Nach den Wahlen im Dezember wurde im Februar ein neuer AStA gewählt. Dieser sich als politisch verstehende AStA möchte natürlich auch in der Außendarstellung neue Akzente setzen.

Zusätzlich zum neuen Namen, kommt die AStA-Zeitung auch in einem neuen Format daher. Das traditionelle Zeitungsformat eröffnet uns neue Wege des Designs, um unsere Arbeit besser zu vermitteln. Schwerpunktmäßig werden wir über politische Entwicklungen an der Uni sowie die damit verbundene Arbeit des AStA informieren. Aber auch Service-Aspekte, wie Mensa-Speisepläne und Beratungen werden nicht fehlen.

Aus ökologischen Gesichtspunkten werden diese und zukünftige Ausgaben des **Nachdruck** nur noch auf Recyclingpapier erscheinen. Das umweltfreundliche und kostengünstige Zeitungspapier erlaubt ein verdichtetes Erscheinen bei sinkenden Kosten: **Nachdruck** erscheint zukünftig drei mal im Semester.

Inhaltlich sichtbar wird die neue Ausrichtung des AStAs auch im Schriftbild. Am auffälligsten wird das *Sternchen sein, das der geschlechtergerechten Sprache entspricht und auf die Ungleichbehandlung zwischen Geschlechtern aufmerksam zu machen. Bis heute werden Menschen aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt, unter anderem durch eine ungleiche Bezahlung im Berufsleben trotz gleicher Arbeitsleistung. Dies spiegelt sich bis heute auch im Sprachgebrauch durch Nutzung maskuliner Anreden wider. Um auf diesen Umstand aufmerksam zu machen, haben wir uns entschlossen entsprechend verschiedenster *queerer* Ansätze mit Sternchen zu gendern.

Wir wünschen euch viel Vergnügen bei der Lektüre der ersten Ausgabe und sind gespannt auf eure Kritik und Anregungen.

Eure Redaktion

✉oeffref@asta.uni-koeln.de

Uni Köln bald Elite?

Drei der sieben eingereichten Konzepte überzeugten die Gemeinsame Kommission von Deutscher Forschungsgemeinschaft und Wissenschaftsrat.

Das Zukunftskonzept „Die Herausforderung von Wandel und Komplexität annehmen“ soll verbesserte Arbeitsbedingungen für Nachwuchswissenschaftler*innen schaffen und könnte der Universität den Elite-Status einbringen.

Bei den Graduiertenschulen könnte sich die „a.r.t.e.s“-Forschungsschule der Philosophischen Fakultät durchsetzen, als Exzellenzcluster das „CEPLAS“ im Bereich Pflanzenwissenschaften.

Der AStA kritisiert, dass im Rahmen der Exzellenzinitiative nur vermeintliche Leuchtturmprojekte gefördert werden. Dies kaschiere die nach wie vor chronische Unterfinanzierung des Hochschulsystems ohne dies nachhaltig und in der Breite zu ändern.

Außerdem würde kein Augenmerk auf die Lehre, sondern nur auf die Forschung gelegt.

Die Entscheidung fällt Mitte 2012, insgesamt werden 2,72 Milliarden Euro von Bund und Ländern bereitgestellt. *(afr)*

WiSo-Master: Absolvent*innen müssen Studierfähigkeit nachweisen

Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät hat das Zulassungsverfahren für die Masterstudiengänge „Business Administration“ und „Economics“ geändert. Neben der Bachelor-Note soll zukünftig zu 29 Prozent der Studierfähigkeitstest TM-WISO, sowie weitere Leistungen und Interessen (Auslandssemester, Praktika) zu 20 Prozent in die Bewertung eingehen. Die Fakultät erhofft sich damit, mehr Kölner Absolvent*innen für den Master zulassen zu können. Externe Bewerber*innen weisen mitunter deutlich bessere Abschlussnoten vor.

Erster AStA-Vorsitzender Jonas Thiele kritisierte, dass die Neuregelung am Ziel vorbei führe, allen Student*innen die Möglichkeit auf einen Master zu geben und forderte einen Rechtsanspruch auf den Master. Zusätzlich führe der Test einer privaten Unternehmensberatung durch die Kosten von etwa 100 Euro zu weiterer Selektion im Bildungssystem. *(afr)*

Direkter Draht

Allgemeiner Studierendenausschuss

Kontakt: Universitätsstr. 16, 50937 Köln
Telefon: 0221 470-2993/-6254
E-Mail: kontakt@asta.uni-koeln.de
www.asta.uni-koeln.de

Vorstand:
Telefon: 0221 470-6254
E-Mail: vorstand@asta.uni-koeln.de

Referate
Politik: -6212
bilpol@asta.uni-koeln.de
Soziales: -6251
soziales@asta.uni-koeln.de
Fachschaften: -5863
fsr@asta.uni-koeln.de
Ökologie: -5863
oekologie@asta.uni-koeln.de
Kritische Wissenschaften und Antidiskriminierung: -2995
kriwi@asta.uni-koeln.de
Öffentlichkeit: -2995
oeffref@asta.uni-koeln.de

Service
DGB Campus Office: -5847
counikoeln@dgb.de
Härtefallauschuss Semesterticket: 0221 421 421,
asta-haertefallauschuss@uni-koeln.de
Studiengebührenberatung:
studiengebuehren@asta.uni-koeln.de
Rechts- und Mietrechtsberatung: Dienstags in der Mensa, Termin durch Listeneintrag
Nightline- Zuhörtelefon: -3500 (dienstags, freitags, sonntags: 21:00 - 02:00 Uhr)

Berlin bekommt neues Hochschulgesetz

Die von Wissenschaftssenator Jürgen Zöllner (SPD) vorgelegte Gesetzesnovelle stößt bei den Universitäten und Student*innen auf starken Protest. Der Senat der HU fürchtet, durch die Schaffung von Professor*innen-Stellen eigens für die Lehre. Hier solle allein aus Kostengründen auf billige Weise gelehrt werden.
Auch Zwangsexmatrikulationen bei Überschreitung der Regelstudienzeit wären möglich.
„Mit diesem Gesetz sollen Leistungsdruck und Arbeitsbelastung im Studium weiter verschärft werden", kommentierte Erik Marquardt vom AStA der TU den Entwurf.
Der Freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs), forderte eine völlige Gleichstellung von Bachelor-Absolvent*innen aller Berliner Universitäten und Fachhochschulen.
Das Abgeordnetenhaus soll im Mai die Novelle beschließen, der Berliner Senat hat den Entwurf bereits gebilligt. *(afr)*

Student*innen aus NRW jobben deutschlandweit am meisten

Einer Erhebung der nordrhein-westfälischen Studierendenwerke nach ist die Arbeitsbelastung von Studierenden in NRW deutlich gestiegen: Waren es vor fünf Jahren noch acht Stunden pro Woche, stieg die Arbeitszeit im Wintersemester 2009/10 auf neun Stunden. Damit sind Studierende aus NRW Rekord-Jobber: Kommiliton*innen aus anderen Bundesländern arbeiten im Schnitt 7,7 Stunden pro Woche. „Die Einführung der Studiengebühren hat den Druck auf die Student*innen erhöht", urteilt Helga Fels, die Leiterin der Studie. *(afr)*

NATO setzt Ilias ein

Die seit 1998 entwickelte E-Learning Platform Ilias wird nicht nur an der Universität zu Köln eingesetzt. Über 2500 Hochschulen, Bildungseinrichtungen und Verwaltungen nutzen die seit 2000 als Open-Source zur Verfügung gestellte Software.
Größter Nutzer ist die Bundesagentur für Arbeit mit über 100.000 Anwendern. Auch die NATO setzt Ilias zur Schulung ein, verkündet eine Meldung auf dem Loginportal. Trainingsmaterialien über Sprengstoffe, Waffensysteme oder strategische Themen können nach einer umfangreichen Sicherheitsüberprüfung abgerufen werden. *(afr)*

Der kommende Aufstand

PROTESTE Studierende in den Niederlanden und in Großbritannien gehen auf die Straße



Foto: FaceMePLS / flickr.com

VON LEIF WOLTERS

Unbegrenzte Studiengebühren, Streichung der öffentlichen Mittel für Geisteswissenschaften, Geldstrafen jedes Jahr über Regelstudienzeit: Die Reformen in England und den Niederlanden sind ein Schlag ins Gesicht der Student*innen.

„Die Zeiten sind hart", „Wir müssen den Gürtel enger schnallen", „Wir müssen auch an kommende Generationen denken".

Überall in Europa gehen die Regierungen mit solchen Sprüchen hausieren. Und immer öfter muss auch der Bildungshaushalt für die Folgen der Krise herhalten, selbst in Ländern, die sich selbst gerne als „modern" und „wettbewerbsfähig" ansehen.

Ab 2012 will die niederländische Mitte-Rechts-Regierung jährlich 370 Millionen im Hochschulbereich einsparen. Das sind aber nur die direkten Kürzungen. Um die Kosten weiter zu senken, soll eine Sonderabgabe dafür sorgen, dass niemand länger als unbedingt nötig an der Uni bleibt. Alle Student*innen, die ein Jahr über der Regelstudienzeit liegen, zahlen demnächst 1500 Euro pro Semester zusätzlich zu den 850 Euro Studiengebühren. Damit die Universitäten auch den Druck erhöhen, wird ihnen die gleiche Summe abgezogen.

Die perfide Regelung trieb Student*innen und Professor*innen gemeinsam auf die Straße. Als Ende Januar Zehntausende in Den Haag demonstrierten, fiel an den meisten Hochschulen der Lehrbetrieb aus. Schätzungsweise ein Drittel des Lehrpersonals beteiligte sich an den Protesten. Sie fürchten, dass die Qualität von Forschung und Lehre nachhaltigen Schaden nimmt.

Noch viel tiefgreifender ist der Wandel jedoch auf der anderen Seite des Ärmelkanals.

Als Tony Blair 1997 Premierminister wurde, gab es in Großbritannien keine Studiengebühren. Seine Regierung verfolgte zwar einerseits das ehrgeizige Ziel, 50 Prozent jedes Abschlussjahrgangs zum Studieren zu bringen, andererseits führte sie 1998 Studiengebühren von 1000 Pfund, also knapp €1200, pro Jahr ein und erhöhte sie 2006 auf 3000 Pfund. Das Argument lautete schon damals: Die Kassen sind leer.

Die Gleichstellung der Fachhochschulen mit Universitäten sollte zur sozialen Öffnung der Hochschulen beitragen. Doch der große Erfolg blieb aus. Allein dieses Jahr wurden 30.000 Student*innen abgewiesen, weil es nicht genug Studienplätze gab.

Keine Staatszuschüsse mehr für Geisteswissenschaften

Die Wirtschafts- und Finanzkrise kam, die Labour-Partei wurde abgewählt und die neue konservativ-liberale Regierung kündigte harte Sparmaßnahmen an.

Im Wahlkampf hatten die Liberalen noch versprochen, die Studiengebühren nicht zu erhöhen und die Stimmen vieler Student*innen bekommen. Das hinderte sie aber nicht daran, im Dezember mehrheitlich einer Reform zuzustimmen, welche die staatlichen Zuschüsse für die Hochschulen um bis zu 80 Prozent kürzt. Dabei setzt die Regierung klare Prioritäten in Richtung der wirtschaftlichen Verwertbarkeit: Während es bei Natur- und Wirtschaftswissenschaften starke Einsparungen gibt, bekommen die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften nun überhaupt kein Geld von der Regierung mehr. Es ist zu befürchten, dass dies langfristig das Ende der Geisteswissenschaften in Großbritannien bedeutet.

Die über drei Milliarden Pfund, die ihnen dadurch verloren gehen, müssen sich die Universitäten bei den Student*innen holen. Dafür hat die Regierung die Höchstgrenze für Studiengebühren, die schon bei über 3000 Pfund lag, komplett abgeschafft.

Es wird erwartet, dass sich die Gebühren im Schnitt verdoppeln. Dabei haben die englischen Eliteuniversitäten wegen der oberschichtsorientierten sozialen Klientel einen größeren Spielraum nach oben; sie werden also von der Umstellung profitieren. Vielen ehemaligen Fachhochschulen droht dagegen das Aus, die ohnehin große soziale Selektivität wird weiter zunehmen.

Niemand will sich fürs Studium verschulden

Fast alle in der Presse zu Wort gekommenen Student*innen sagten, dass sie unter den neuen Bedingungen niemals ein Studium angefangen hätten. Zwar müssen die Studiengebühren nicht wie in Deutschland im Voraus bezahlt werden, sondern werden vom Staat quasi vorgestreckt. Sobald die Hochschulabsolvent*innen ein Einkommen von 21.000 Pfund im Jahr haben, müssen sie schrittweise abbezahlt werden. Doch die Aussicht, über Jahre oder Jahrzehnte einen fünfstelligen Schuldenberg mit sich herumzuschleppen, ist auch eine große psychologische Belastung. Eltern aus einkommensschwachen Familien werden ihren Kindern dringend von einem Studium abraten.

Wie nicht anders zu erwarten, sind die Student*innen wütend über den Generalangriff auf die Hochschulbildung und entsprechend heftig fielen die Proteste aus. Über 30 Hochschulen wurden besetzt. Schlagzeilen gab es aber vor allem, als Demonstrant*innen die Zentrale der konservativen Partei stürmten und Prinz Charles' Auto mit Farbbeuteln bewarfen.

Die Polizei kündigte an, dass sie sich für eine neue Dimension von sozialen Unruhen rüstet.

Der Autor ist Projektleiter im Politikreferat des AStA.
✉bilpol@asta.uni-koeln.de

Nachdruck

Impressum

Nachdruck - Kölner Studierendenzeitung

Universitätsstr. 16, 50735 Köln
Telefon: 0221-2995
Telefax: 0221-3259
E-Mail: oeffref@asta.uni-koeln.de
www.asta.uni-koeln.de

Herausgeber: Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität zu Köln, vertreten durch den 1. Vorsitzenden Jonas Thiele (V.i.S.d.P.)

Redaktion: Katja Bauch, Lea Elsässer, Alexander Fritsch, Julius Jacoby, Fabian Kaske, Simon Hammann

Mitarbeiter*innen dieser Ausgaber: Max Christian Derichsweiler, Johanna Glaser, Vahit Güzelburc, Thomas Heise, Thomas Köppen, Sven Moenke, Christian Rehfeldt, Jonas Thiele, Jan S. Weber, Leif Wolters

Layout: Alexander Fritsch

Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt/Main

Nachdruck wird mit Recycling-Papier hergestellt. **Nachdruck** unter creative commons (CC BY-NC-SA 3.0) erlaubt.

Studiengebühren adé

VON JAN S. WEBER

Vernor Muñoz, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Bildung, war nicht der erste, als er in seinem Bericht über den Besuch Deutschlands auf die hohe soziale Selektion des Bildungssystems hinwies. Auch die Bildungsberichte des OECD bescheinigen der BRD immer wieder Bestnoten in sozialer Selektivität. Dies hat jedoch weder die frühere rot-grüne Landesregierung von der Einführung von Langzeitstudiengebühren abgehalten, noch die nachfolgende schwarz-gelbe Regierung von der Einführung von allgemeinen Studiengebühren im Jahr 2006. Zahlreiche Studien belegen den Zusammenhang zwischen sozialer Selektion und Studiengebühren.

Schon früh, spätestens seit 2006, konzentrierte sich ein großer Teil des studentischen Protests gegen die Hochschulpolitik auf die Erhebung der Studiengebühren, waren sie doch ein sichtbares Zeichen für den Ökonomisierung der Bildung. Zwar gab durchaus auch andere Entwicklungen, die zum Widerspruch Anlass gaben und Protest hervorriefen. Sei es die misslungene Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge oder die Entdemokratisierung der Hochschulen durch Hochschulräte. Doch nichts war so greifbar wie die 500 Euro, die den Student*innen fortan im Portemonnaie fehlten. Gerade in einer Stadt mit sehr hohen Miet- und sonstigen Lebenshaltungskosten wie Köln, machen diese 500 Euro für viele einen bedeutsamen Unterschied aus; teilweise sogar den Unterschied zwischen der Möglichkeit und der Unmöglichkeit ein Studium aufzunehmen.

Den durch Studiengebühren finanzierten Hochschulen ist es niemals gelungen, für eine große Akzeptanz dieser durch die Student*innen zu sorgen. In den seltensten Fällen wurden die zusätzlichen Mittel für zusätzliche Lehrveranstaltungen eingesetzt, vielmehr wurde in Infrastrukturprojekte wie Gebäude investiert. Hiervon haben aktuelle gebührenzahlende Student*innen freilich wenig. An der Kölner Rechtswissenschaftlichen Fakultät wurde das Geld in den Umbau der dortigen Bibliothek investiert. Diese war über Monate hinweg nicht nutzbar und somit führten Studiengebühren teilweise sogar zur Verlängerung des Studiums.

Die Forderung nach der Abschaffung der Studiengebühren wurde dann auch zentral in den studentische Protesten 2009 und 2010. Beim Bildungsstreik gingen tausende Student*innen, Schüler*innen und Auszubildende auf die Straße, um für eine bessere Bildungspolitik zu demonstrieren und machten öffentlich deutlich, dass es ein „Weiter so!“ nicht geben darf.

Es ist also auch ein Resultat vom Druck auf der Straße, dass sich vor den Landtagswahl sowohl SPD, als auch Grüne und Linke für die Abschaffung jeglicher Form von Studiengebühren ausgesprochen haben. Nach der Wahl gab es im Landtag dann eine Mehrheit gegen Gebühren.

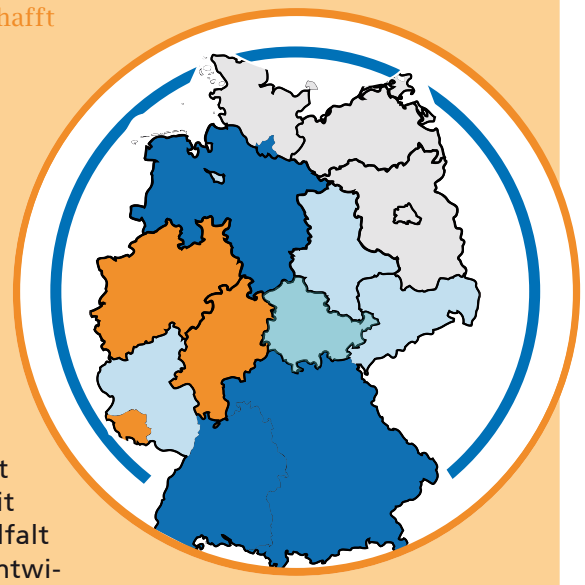
Schnell zeigte sich, dass diese Mehrheit noch lange keine schnelle Abschaffung der Gebühren bedeutet. Es folgten also Verhandlungen und Taktiererein der drei im Grunde einigen Parteien.

Schlussendlich ist es wohl in erster Linie dem Engagement von studentischen Vertreter*innen zu verdanken, die nicht müde wurden, auf der Einlösung des Wahlversprechens zu bestehen und sich immer wieder widersetzten, wenn die Abschaffung als Verhandlungsmasse missbraucht werden sollte.

Der Autor ist Referent für Politik im AStA.
✉bilpol@asta.uni-koeln.de

Deutschland-Karte: Studiengebühren im Überblick

Studiengebühren (Erststudium)
Studiengebühren (Zweitstudium oder Langzeitgebühren)
Studiengebühren abgeschafft



Die Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen sind im kommenden Wintersemester Geschichte. Doch bundesweit hat sich mit der Zeit eine große Vielfalt an Modellen entwickelt, wie Student*innen ihr Studium bezahlen müssen.
Die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren zuerst in Hessen, dann im Saarland und nun auch in Nordrhein-Westfalen zeigt allerdings, dass diese Form der Gebühren politisch derzeit kaum umsetzbar ist und somit wohl aufgegeben wird.

Mit Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Niedersachsen erheben nur noch vier Bundesländer allgemeine Gebühren. In Hamburg sind die Gebühren derzeit erst nach Beendigung des Studiums zu zahlen, bisher gibt es noch keine Aussage der nun mit absoluter Mehrheit regierenden SPD dies zu ändern.
In Niedersachsen sind Student*innen nicht nur mit allgemeinen Gebühren belastet, sondern zusätzlich mit deutlich höheren Langzeitstudiengebühren bei Überschreitung der Regelstudienzeit.

In einigen Bundesländern werden so genannte Verwaltungsgebühren erhoben. Diese betragen meist etwa 50 Euro pro Semester. Dies ist der Fall in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Baden-Württemberg und auch wieder in Niedersachsen, die mit 75 Euro sogar am stärksten zugreifen.

In Bremen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Rheinland-Pfalz werden Studiengebühren ab einem bestimmten Semester erhoben. Im Saarland ist es den Hochschulen freigestellt, ob sie Langzeitgebühren erheben wollen, worauf jedoch alle Hochschulen momentan, wegen dem den Nutzen übersteigenden Verwaltungsaufwand verzichten.

In Sachsen ist das Zweitstudium gebührenpflichtig, zudem gibt es Prüfungsgebühren für ausländische Student*innen.

Studiengebührenabschaffung – Was bedeutet das?

Ab wann wird das Studium wieder gebührenfrei?
Die Gebührenfreiheit gilt ab dem Wintersemester 2011/12.

Wird es in Zukunft nachgelagerte Studiengebühren geben oder werden die Langzeitstudiengebühren wieder eingeführt?
Nein, die Landesregierung hat sämtliche Formen von Studiengebühren, also auch nachgelagerte und Langzeitstudiengebühren ausgeschlossen.

Wie kann die Uni Köln auf das Geld aus den Gebühren verzichten?
Die Landesregierung stellt den Hochschulen 249 Mio. Euro als Kompensation bereit, was den bisher landesweit gezahlten Gebühren entspricht.
Diese werden auch auf Hochschulen verteilt, die keine oder geringe Studiengebühren erhoben haben. Unterm Strich wird es also an der Uni Köln etwas weniger Geld geben, die Einschnitte werden sich aber in Grenzen halten.

Was passiert mit den Krediten bei der NRW-Bank?
Der Kredit ist von der Abschaffung nicht betroffen und läuft weiter. Abgesehen von den Zinsen wird er aber in Zukunft zumindest nicht mehr steigen. Es fallen nur Zinsen für den bereits gewährten Kredit an.

Entfallen nun Lehrveranstaltungen?
Die Uni erhält vom Land Kompensationszahlungen für die entfallenen Gebühren. An ihrer Verwendung müssen die studentischen Vertreter*innen beteiligt werden.
Auch wenn die Gelder nur für die Lehre verwendet werden dürfen, ist davon auszugehen, dass die Hochschulen diese Regelung, wie schon bei den Studiengebühren, sehr großzügig auslegen werden. Die sinnvolle Ausgabe zu überprüfen und hinterfragen bleibt also weiterhin Aufgabe der Student*innen.

Studiengebühren das letzte Mal zurückfordern

Voraussetzungen: Das Sommersemester 2011 ist dein letztes Semester (egal, ob Bachelor, Diplom oder Magister)
Übrigens auch, wenn du in diesem Semester noch Veranstaltungen besuchst und Prüfungsleistungen neben der Abschlussarbeit erbringst
So geht's: Antrag online auf www.uni-koeln.de/studsek herunterladen (Antrag 8) und zurückschicken

IM INTERVIEW: BEDROHT VON ZWANGSEXMATRIKULATION

Was studierst du?
Theater-, Film und Fernsehwissenschaft mit den Nebenfächern Germanistik und Geschichte

Gibt es bestimmte Gründe, warum du einen Härtefallantrag stellen kannst und weitere Gründe, wegen denen du bisher nicht die ZP abgelegt hast, die nicht zu einem Härtefallantrag berechtigen?
Ich weiß nicht genau, welche Gründe für einen Härtefallantrag akzeptiert werden.
Ich habe während meiner Studiums ein Jahr lang an einem Theater gearbeitet. Die wissenschaftliche Arbeit an der Uni hat mittlerweile ins Leere geeführt. Das Jahr am Theater hat dafür gesorgt, dass Theorie und Praxis wieder in einem ausgewogenen Verhältnis stehen und ich neue Motivation für das Studium bekommen habe.
Zusätzlich gab es persönliche Probleme, die ich aber nicht in den Vordergrund stellen möchte. Mich als Opfer darzustellen entspricht nicht dem, was ich tun möchte.

Kannst du in einen Bachelorstudiengang wechseln, wenn ja in welchen?
Ist der Wechsel in den Bachelorstudiengang für dich eine Alternative?
Es gibt einen Bachelor Medienwissenschaften, in den ich wechseln könnte, allerdings ist dieser inhaltlich nicht ansatzweise mit meinem Magisterstudiengang zu vergleichen.
Im Notfall werde ich wohl den Wechsel in den Bachelor-Studiengang erwägen, alleine schon um überhaupt an einen Abschluss zu kommen, aber ein Ersatz ist der Studiengang natürlich nicht.

Was bedeutet eine Zwangsexmatrikulation für dich und was wirst du tun, solltest du zwangsexmatrikuliert werden?
Insgesamt ist dies natürlich ein großer Einschnitt in meiner Lebensplanung.
Anfangs habe ich gedacht, dass ich auf jeden Fall gegen die Zwangsexmatrikulation klagen werden, aber die scheint wohl nicht sehr erfolgsversprechend zu sein und außerdem mit hohem finanziellen Aufwand verbunden, den ich nicht leisten kann. Sollte es eine Sammelklage geben, würde ich überlegen mich an dieser zu beteiligen.

Deine Meinung zur Zwangsexmatrikulation?
Ich finde es erschreckend, dass solche drastischen Maßnahmen gegen die MagisterstudentInnen ergriffen werden und keiner sich dagegen wehrt und auch kaum einer für uns Partei ergreift. Gerade im Hinblick darauf, dass sehr viele Dozent*innen sich immer wieder in Seminaren über den Bachelor beschweren, weil die wissenschaftliche Auseinandersetzung kaum noch statt findet.
Eine Auslauffrist für die Magisterprüfung hätte vollkommen gereicht.

Was studierst du?
Regionalwissenschaften Ostasien mt BWL als Schwerpunkt

Gibt es bestimmte Gründe, warum du einen Härtefallantrag stellen kannst und weitere Gründe, wegen denen du bisher nicht die ZP abgelegt hast, die nicht zu einem Härtefallantrag berechtigen?
Im Februar 2009 ist mein Vater an Krebs erkrankt, benötigte mit Diagnosestellung bis zum Tod im November 2009 Pflege. Diese habe ich mit meiner Mutter ausgeführt.
Zusätzlich finanziere ich mein Studium selbst, arbeite also 20 Stunden wöchentlich. Die Zeit läuft einfach davon.

Kannst du in einen Bachelorstudiengang wechseln, wenn ja in welchen?
Ja, ich kann in den Bachelorstudiengang Regionalstudien China wechseln.

Ist der Wechsel in den Bachelorstudiengang für dich eine Alternative?
Mein Diplomprüfungsausschuss hat nicht getagt, das heißt es haben zwei Personen, Prodekan Prof. Dr. Rohde (Philosophische Fakultät) und Prof. Dr. Scharping (Institut für Moderne China-Studien, Geschäftsführer) im Alleingang gegen meinen Antrag entschieden.

Was bedeutet eine Zwangsexmatrikulation für dich und was wirst du tun, solltest du zwangsexmatrikuliert werden?
Die Zwangsexmatrikulation bedeutet für mich ein Abschied vom Diplom. Ich werde mich in den Bachelorstudiengang umschreiben, um nicht völlig leer auszugehen.

Deine Meinung zur Zwangsexmatrikulation?
Ich habe im Vorfeld die Mitglieder meines Diplomprüfungsauschusses in ihren Sprechstunden besucht. Mehr als 50 Prozent der Mitglieder wussten nichts über ihre Mitgliedschaft und signalisierten kein Interesse an der aktiven Teilnahme und der Aufgabe des Ausschusses.
Faktisch hat mein zuständiger Diplomprüfungsauschuss nicht getagt. Laut meines Prüfungsamts sollte mein Antrag dann per E-Mail-Abstimmung bis zum 10. März 2011 abgestimmt werden. Doch es kam wohl kein Votum zustande, so dass dann Prof. Dr. Rohde und Prof. Dr. Scharping alleine entscheiden haben.
Für mich ein sehr erschreckendes Demokratieverständnis und reine Willkür.
Neben den Zwangsexmatrikulationen sollten generelle Entscheidungen und ihre Verfahrenswege untersucht werden. Ich befürchte, dass es sich hier nicht um Ausnahmen und Einzelfälle handelt.

Uni Köln setzt Diplomer und Magister vor die Tür

EXMATRIKULATION: Die Umstellung auf Bachelor und Master ist bald abgeschlossen



VON SVEN MOENKE UND LEIF WOLTERS

Wie oft klagen Bachelorstudierende über die zu hohe Arbeitsbelastung und die zu kurze Regelstudienzeit. Einige hundert Diplom- und Magisterstudenten haben da ein ganz anderes Problem: Für sie gibt es eine Höchstudienzeit. Zu Beginn dieses Semesters sollen alle, die ihr Vordiplom oder ihre Zwischenprüfung noch nicht haben, zwangsexmatrikuliert werden.

Grund dafür sind Auslaufsregelungen, die 2007 an der Philosophischen Fakultät beschlossen wurden. Nach denen gibt es für Grund- und Hauptstudium getrennte Auslaufsphasen, wobei die doppelte Regelstudienzeit seit Einführung des Bachelors zugrunde gelegt wird. Der Leiter des Prüfungsamtes der Philosophischen Fakultät Dr. Sebastiao Iken bewertet dieses Vorgehen so: „Sofern man nicht das Auslaufen dieser Studiengänge grundsätzlich in Frage stellt, kann mit Fug und Recht festgestellt werden, dass das Auslaufverfahren an unserer Fakultät so fair, korrekt und studierendenfreundlich wie möglich ausgestaltet wurde."

Zwischenprüfung bestehen – oder von der Uni fliegen

Für die Betroffenen, die ihren Studienplatz verlieren oder mit Hochdruck Scheine sammeln müssen, um das zu verhindern, ist das nur ein schwacher Trost.

Als möglichen Ausweg empfahl die Studienberatung den Wechsel in den Bachelor; allerdings ist der mit Schwierigkeiten verbunden, da sich die Bachelorstudiengänge von ihren klassischen Pendants erheblich unterscheiden und einige Studiengänge, wie Politiktwissenschaften oder Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften, an der Universität zu Köln als Bachelor gar nicht mehr angeboten werden. Wer das studiert hat und jetzt exmatrikuliert wird, steht also mit leeren Händen dar. Betroffenen wurde von der Studienberatung nahegelegt, nach Düsseldorf oder Bonn zu wechseln.

Die Betroffenen setzen sich zur Wehr

Außerdem bevorzugen viele Studierende grundsätzlich das Auslaufmodell: „Im Vergleich zu den Bachelor-/Master-Studiengängen bilden die klassischen Diplom- und Magister-Studiengänge bessere Voraussetzungen für Kollegialität, demokratisches Engagement und dafür, dass kritische und mündige Hochschulmitglieder in gesellschaftlicher Verantwortung wissenschaftlich arbeiten.", heißt es in einem offenen Brief an die Engere Fakultät der Philosophischen Fakultät.

Mit einer Unterschriftenaktion protestieren Betroffene gegen die Auslaufregelungen und die Zwangsexmatrikulationen. Auch der AStA der Uni Köln fordert, dass sie ihr Studium fortsetzen können. Er rät jedem, der sich mit einer Zwangsexmatrikulation konfrontiert sieht, einen Härtefallantrag zu stellen. Aus dem Prüfungsausschuss ist jedoch durchgesickert, dass nur etwa die Hälfte der Anträge angenommen wird. Deshalb unterstützt der AStA eine Musterklage gegen die Exmatrikulationen. Einschreiten könnte jetzt nur noch die Engere Fakultät - die Betroffenen ersuchten die Dekanin, noch vor Semesterbeginn die EF einzuberufen, angsichts der sehr kurzen Frist, mehr als unwahrscheinlich.

Konkrete Zahlen - Fehlanzeige

Der AStA sieht sich einer mangelhaften Informationspolitik der Universität gegenüber. So war es weder dem Prüfungsamt der Fakultät, dem Dezerenten für Studienrendenangelegenheiten möglich, eine genaue Zahl der Betroffenen zu nennen. In Gesprächen und Schreiben erweckten Vertreter der Universität den Eindruck, die Zwangsexmatrikulierten seien mehrheitlich leistungsunwillig und beratungsresistent.

Im Gegensatz zur Philosophischen Fakultät gibt es an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, wo ebenfalls – in kleinerem Ausmaß – Zwangsexmatrikulationen drohen, keine einheitliche Regelung für die einzelnen Studiengänge. An der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ist zum Ende des Sommersemesters mit Zwangsexmatrikulationen im Grundstudium zu rechnen. In der Humanwissenschaftlichen Fakultät werden die Auslaufregelungen später greifen.

Typisches Kölner Durcheinander. Im Gegensatz dazu gibt es Universitäten, die ganz auf eine Auslaufregelung verzichten, so wie die Universität Hamburg. Dort können Diplom- und Magisterstudierende ihren Abschluss ohne Zeitdruck machen, in dem sie Bachelor- oder Masterveranstaltungen besuchen, die ihnen angerechnet werden.

Die Autoren sind Projektleiter im Politikreferat des AStA. ✉bilpol@asta.uni-koeln.de

„Als jemand, der die Einführung der BA/MA-Studiengänge in Köln mit anderen zusammen geplant hat, muss ich heute sehen, dass diese "Reform" keine Verbesserung des Studiums gebracht hat. Ich halte es für geboten, den Bolognaprozess zu überprüfen und in Richtung von mehr studentischer Selbstbestimmung und Wahlfreiheit zu verändern. Als erste Maßnahme sollten daher Zwangsexmatrikulationen ausgesetzt werden."

Universitätsprofessor Dr. Norbert Finzsch, Anglo-Amerikanische Abteilung des Historischen Instituts, Universität zu Köln

„Ich bezweifle, dass es sich bei den „Betroffenen" nur um faule Langzeitstudenten handelt, die keine „Studiumserfolge" vorweisen können. Ich habe ein Recht mein Studientempo selbst zu bestimmen. Nebenjobs und Praktika müssen möglich sein, gerade im Hinblick auf meine berufliche Perspektive. Die Gründe für eine „Verzögerung" sollte ich nur mir selbst schuldig sein."

von Zwangsexmatrikulation bedrohte Studentin der Universität zu Köln

Zwangsexmatrikulationen AUSRASTEN

VON JONAS THIELE

Kaum im Amt ist der momentan größte Aufreger die anstehenden Zwangsexmatrikulationen.

Die Uni Köln plant sich „gesund zu schrumpfen" und hunderte von Studierenden ihrem Schicksal zu überlassen.

Scheinbar unbemerkt von unseren Amtsvorgänger*innen haben die ehemalige Landesregierung und daraufhin die Uni Köln beschlossen nicht nur die Zeit zu begrenzen, die Diplom- und Magisterstudent*innen gegeben wird um zu studieren, sondern zusätzlich die Hürde einer Zwangsexmatrikulation einzubauen, wenn das Grundstudium nicht in einer bestimmten Zeit erledigt wird. Diese Zeit lief nun stillschweigend im Wintersemester 2010/11 ab.

Ohne weitere Informationen, aber durch viele Gespräche von Betroffenen, von denen täglich mehrere anrufen, alarmiert, beginnen unsere Recherchen, die ergeben, dass es möglicherweise um mehr als 1600 Studierende geht. Schätzungen bieten dazu Anlass, dass die Zahl jedoch mindestens im mittleren dreistelligen Bereich liegt.

Dass diese hohe Zahl und das Vorgehen der Uni dann doch noch publik wurde, scheint ihr etwas peinlich zu sein und so lässt sie dem Kölner Stadtanzeiger durch den Pressesprecher ausrichten, dass es nur um 60 Studierende gehe, denen die Zwangsexmatrikulation droht. Man sei jedoch um „weiche Lösungen" bemüht. Hier liegt ein klarer Fall von Bagatellisierung vor. Dass es um eine wesentlich höhere Zahl geht, sollte selbst Leuten klar sein, die sonst mit einer rosa-roten Brille herum laufen.

Dass außerdem niemandem der Betroffenen eine „weiche Lösung" hilft, und ihnen bei der Einschreibung versprochen wurde einen bestimmten Studiengang studieren zu dürfen soll scheinbar verschleiert werden. Lebenschancen werden den Betroffenen so trotzdem genommen.

Außerdem wird verbreitet, dass es hauptsächlich um Student*innen im zwanzigsten bis fünfzigsten Semester geht. Schade, dass dies vom Kölner Stadtanzeiger und sogar einigen Student*innen ungeprüft verbreitet wird und selbst moderne Sagen wie Student*innen, die ins hundertste Semester kommen und damit sämtliche Software auf den Verwaltungscomputern lahm legen, nicht hinterfragt werden.



Die Schlussfolgerungen, die aus dieser Argumentation gezogen werden sollen, sind einfach und werden immer wieder propagiert: Studieren geschieht auf Kosten der Steuerzahler*innen. Daher haben sich Student*innen mit ihrem Studium zu beeilen, wer länger braucht als nötig, muss die Konsequenzen tragen und gehen. Dadurch soll die Uni entlastet werden, Unternehmen können Arbeitnehmer*innen einstellen, die bereits bewiesen haben, dass Sie Leidensfähig sind und für einen Job ans Limit gehen. Gestählt durch die Jagd nach Creditpoints sind sie bereit alles für den Arbeitgeber zu geben.

Leider zeigt sich durch dieses Vorgehen jedoch, wer dabei auf der Strecke bleibt: Besonders betroffen sind Student*innen die tatsächlich einen sogenannten Härtefall darstellen, also solche, die Angehörige pflegen müssen, Erkrankungen haben, oder die zu den 18% gehören, die nur ein Teilzeitstudium, also unter 20 Stunden je Woche, durchführen können, da sie nebenbei arbeiten müssen. Auch studierende mit nicht-deutschem Pass sind scheinbar überproportional betroffen. Dass durch den Leistungsdruck erhebliche gesundheitliche (Folge-)Probleme produziert werden, zeigt noch einmal den unsozialen Anspruch der Reformen die derzeit an den Hochschulen stattfinden.

Bei all dem sollten wir zwei Dinge nicht vergessen:

Erstens: Ernsthafte Wissenschaft benötigt Zeit

Zweitens: Niemand sollte innerhalb von einer so kurzen Zeit so viele Lebensträume zum platzen bringen.



Professor*innen lehren weniger

Nur noch ein Viertel ihrer Arbeitszeit verbringen deutsche Universitätsprofessor*innen mit der Lehre. War es 1992 noch ein Drittel, hat der Anteil von Tätigkeiten außerhalb von Forschung und Lehre dagegen stark zugenommen. Zu diesem Ergebnis kommt das Internationale Zentrum für Hochschulforschung in Kassel. Dadurch schneidet Deutschland auch bei der Betreuungsrelation schlecht ab: Nehmen in den USA an einer Lehrveranstaltung im Schnitt 39 Personen teil, sitzen in Deutschland 112 im Hörsaal oder Seminarraum. Besonders schlecht sei die Betreuung in Masterstudienprogrammen, hier ist das Verhältnis fast fünfmal schlechter. *(afr)*

Uni-Dozent*innen: Burn-Out durch Bologna

Nicht nur bei Student*innen hat sich der Leistungsdruck durch die Studienreform erhöht.
Auch Professorinnen und Professsoren, sowie wissenschaftliche Mitarbeiter*innen weisen inzwischen erhebliche Burnout-Symptomatiken auf.
Zu diesem Ergebnis kommt die Jahresstudie des „Aktionsrat Bildung", einer Initiative der bayerischen Wirtschaft unter dem Vorsitz vom Hamburger Universitäts-Präsidenten Dieter Lenzen. Besonders das wissenschaftliche Personal sei „kontinuierlichem Evaluationsdruck" und „Wettbewerbskämpfen um Forschungsmittel" ausgesetzt, inzwischen hätten „die Anstrengungen ihre Grenze erreicht". Der Aktionsrat fordert eine „entschlossene Entbürokratisierung" und eine Reakademisierung des Bachelor-Studiums, sollten Absolvent*innen keine adäquaten Jobs erhalten, müsse man mit „zunehmenden Widerstand" rechnen. *(afr)*

Lehramt: Drittes Unterichtsfach in Gefahr

Die Umstellung auf die Bachelor-Master-Studiengänge bereitet besonders im Lehramt Probleme. Momentan ist vollkommen unklar, ob es Student*innen der Uni Köln ab dem WS 2011/12 noch möglich sein wird sich für ein drittes Unterrichtsfach einzuchreiben. Dies wurde bisher von vielen genutzt und bietet zusätzliche Perspektiven für das spätere Berufsleben. „Jetzt müssen alle Optionen geprüft werden, wie die dritten Unterrichtsfächer erhalten werden können", so Lucie Kühne, studentische Vertreterin der Engeren Fakultät der Humanwissenschaftlichen Fakultät. *(jth)*

Der Kampf für die Einführung einer Zivilklausel geht weiter

VON JOHANNA GLASER



Zwei Drittel der Wähler*innen haben sich bei den studentischen Wahlen an der Uni, im Dezember 2010, für die Einführung einer Zivilklausel ausgesprochen.

Eine Zivilklausel ist eine freiwillige Selbstverpflichtung, keine Kooperation mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie zu betreiben, sondern ausschließlich für friedliche Zwecke zu forschen.

Die aktuelle Auseinandersetzung begann mit dem Beschluss des Studierendenparlamentes am 15.07.2010 eine Urabstimmung unter den Student*innen, über die Einführung einer Zivilklausel durchzuführen. Alle Student*innen konnten über folgenden Text abstimmen: „Die Universität wirkt für eine friedliche und zivile Gesellschaftsentwicklung. Sie ist selbst eine zivile Einrichtung, betreibt keinerlei Militär- oder Rüstungsforschung und kooperiert nicht mit Einrichtungen des Militärs oder der Rüstungsindustrie."

65,4% sprachen sich für die Einführung einer Zivilklausel aus, 19,7% stimmten mit Nein und 14,9% enthielten sich. Damit haben sich zwei Drittel der Wähler*innen für die Verankerung der Zivilklausel in der Grundordnung der Universität ausgesprochen und ein klares Votum für die friedliche Ausrichtung der Universität abgegeben.

Trotz des Votums der Studierenden steht das Rektorat der Einführung einer Zivilklausel kritisch gegenüber.

Das Rektorat argumentiert, dass die Zivilklausel die im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit einschränke. Dr. Patrick Honecker, Pressesprecher der Uni Köln äußerte sich gegenüber der Stadtrevue wie folgt: „Wir sind der Meinung, dass hier die Wissenschaftsfreiheit betroffen ist. Wissenschaft muss frei darüber entscheiden, was sie in welcher Art und Weise transparent macht."

Ein Gutachten von Verfassungsrechtler Erhard Denninger (em. Prof. der Uni Frankfurt) kommt zu dem Schluss, dass Zivilklauseln mit dem auf Frieden ausgerichteten Grundgesetz völlig übereinstimmen und die im Grundgesetz verankerte Friedensfinalität schützen.

Dazu gibt es ein passendes Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 01.03.1978 (BverfGE 47, 327): „Zugunsten der Wissenschaftsfreiheit ist stets der diesem Freiheitsrecht zugrundeliegende Gedanke mit zu berücksichtigen, daß gerade eine von gesellschaftlichen Nützlichkeits- und politischen Zweckmäßigkeitsvorstellungen befreite Wissenschaft dem Staat und der Gesellschaft im Ergebnis am besten dient".

Es ist zunehmend so, dass nur noch in den Bereichen geforscht werden kann, die durch Drittmittel finanziert werden. Grund dafür ist die Unterfinanzierung der Universitäten und des gesamten Bildungssystems.

„Das Problem liegt in der Abhängigkeit der Hochschulen von Drittmittelgeberinnen. Diese finanzielle Abhängigkeit bedeutet eine weitere Ausrichtung der Forschung und Lehre an Interessen von Wirtschaftsunternehmen und Rüstungsindustrie. Die Zivilklausel kann hier die Wissenschaftsfreiheit schützen", so Stefan Brackertz vom Arbeitskreis Zivilklausel.

Diesen Zusammenhang zwischen Drittmitteln und Zivilklausel sieht der Rektor der Uni, Herr Freimuth nicht, wie er in der Senatssitzung am 23.02.2011 äußerte.

Es wurde mehrfach versucht, das Thema im Senat, der die Einführung einer Zivilklausel beschließen kann, zu behandeln. Bisher fand allerdings keine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Thematik und der Beantwortung der Fragen des AK Zivilklausel statt.

Die Idee einer Zivilklausel

Die Idee der Zivilklauseln ist eine Konsequenz aus den Schrecken des Nationalsozialismus. Im Zuge der Demilitarisierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg sollte nie wieder Krieg von Deutschland ausgehen. Darunter fiel auch die Ablehnung von Militär- und Rüstungsforschung an Universitäten.

Trotzdem ist wieder ein genereller Trend der Militarisierung in Universitäten spürbar. Viele Drittmittel werden gezielt in Rüstungsforschung investiert oder aber für so genannte „dual use" Technologien verwendet. „Dual use" Technologien werden offiziell für zivile Zwecke erforscht oder gebaut, können später aber zu militärischen Zwecken eingesetzt werden. Diese Militarisierung steht im krassen Gegensatz zur Meinung eines Großteils der Bevölkerung. Laut ARD-Deutschlandtrend vom Dezember 2009 lehnen 69% der Bundesbürger innen den Militäreinsatz in Afghanistan ab.

Es ist sehr schwierig Aussagen über Kooperationsabkommen zwischen Universität und Militär oder Rüstungsindustrie zu treffen, da sich die Unileitung seit längerer Zeit beharrlich weigert die Drittmittelverträge offen zu legen.

Was bisher bekannt ist: Laut Stadtrevue (03/11) hat die Uni Köln besonders in der Medizin eng mit dem Bundeswehrinstitut für Pharmakologie und Toxikologie sowie dem Institut für Mikrobiologie kooperiert.

Des Weiteren wurde an der Uni Köln das Planspiel Pol&Is entwickelt, welches mittlerweile an vielen Hochschulen, vor allem jedoch an weiterführenden Schulen eingesetzt wird, um Werbung für die Bundeswehr zu machen und diese zu normalisieren.

Um diesem Trend etwas entgegen zu setzen, können Zivilklauseln ein guter Weg sein.

Die Uni sollte für zivile Gesellschaftsentwicklung wirken, sie sollte über die Ursachen von Kriegen forschen und Wege aufzeigen zu einer friedlichen Gesellschaft. Diesem Anspruch kann sie nicht gerecht werden, wenn sie von Rüstungskonzernen Geld erhält oder mit dem Militär kooperiert.

Bundesweite Bewegung für Zivilklauseln

An vielen Universitäten setzten sich Student*innen, Gewerkschafter*innen, Friedensgruppen und viele andere für die rein zivile Ausrichtung von Universitäten ein.

An drei Universitäten sind bereits Urabstimmungen innerhalb der Studierendenschaft durchgeführt worden. Im Januar 2009 sprachen sich an der Uni Karlsruhe 64 % der wahlbeteiligten Student*innen für die Einführung einer Zivilklausel aus. Im Januar 2011 stimmten mehr als 90% der Student*innen der FU Berlin „für eine solidarische FU" (u.a. die Einführung einer Zivilklausel). An der Uni Tübingen konnte durch das Engagement des Bildungsstreiks 2009 eine Zivilklausel durchgesetzt werden.

Seit dem Februar 2011 gibt es eine Auseinandersetzung um die Einhaltung, der seit 1986 bestehenden Zivilklausel an der Uni Bremen. Streitpunkt ist die Einberufung einer Stiftungsprofessur für Weltraumfahrt-Technologie, die durch die Bremer Rüstungsfirma OHB-System AG, die unter Anderem Spionagesatelliten herstellt, finanziert werden soll. In der von 60 Dozent*innen der Uni Bremen verfassten Erklärung heißt es dazu:

„Eine derartige Stiftungsprofessur setzt die Freiheit von Forschung und Lehre aufs Spiel und widerspricht dem Geist der Gründung der Universität sowie dem Auftrag einer Friedensforschung, die nicht der Gefahr der Rücksichtnahme auf privatwirtschaftliche Spender ausgesetzt sein darf".

Nicht nur in Köln, sondern auch in vielen anderen deutschen Städten machen sich Student*innen und andere Engagierte stark für die Einführung von Zivilklauseln.

Was sind die nächsten Schritte?

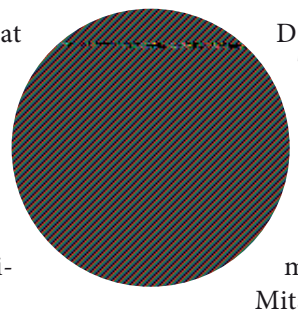
Der AStA fordert die Aufnahme der Zivilklausel in die Grundordnung der Universität und wird die Auseinandersetzung um die Einführung zusammen mit dem Arbeitskreis Zivilklausel, auf verschiedensten Ebenen, weiterführen. Darüber hinaus sollten Zivilklauseln im Hochschulgesetz NRW verankert werden. Ein weiterer notwendiger Schritt ist die Offenlegung aller Drittmittelverträge um Klarheit zu schaffen, was es für Kooperationen mit Militär und Rüstungsindustrie gibt. Das wichtigste ist, dass die Universität durch ihre Forschung und Lehre zu einer friedlichen Gesellschaftsentwicklung beiträgt.

Die Autorin ist Referentin für Kritische Wissenschaften und Antidiskriminierung im AStA.
✉kriwi@asta.uni-koeln.de



Autonome Referate an der Universität

„Mehr als Gel**AB**e**R** im Autonomen BehindertenReferat“



Das Behindertenreferat ist Teil des AStAs und vertritt als autonomes Referat alle Studierenden mit einer Behinderung oder chronischen Erkrankung an der Universität zu Köln.

So engagiert sich das Behindertenreferat nicht nur für die „klassischen“ Behindertengruppen (Rollstuhlfahrer*innen, Hör- und Sehgeschädigte), sondern auch für alle anderen Betroffenen, die auf Grund einer körperlichen Einschränkung Erschwernissen im Unialltag ausgesetzt sind.

Die Projektleitung wird jährlich im Rahmen einer Vollversammlung gewählt und durch eine Projektleiterassistenz und eine*n Referent*innen für Sehgeschädigte unterstützt. Ziel der Arbeit ist es, die Studiensituation der betroffenen Personengruppe zu verbessern, auftretende Barrieren aufzuzeigen und im Dialog mit der Universität zu beseitigen. Ob mit oder ohne Behinderung – es kann, darf und soll jede*r Interessierte mithelfen, denn es gibt noch viel zu tun.

Dazu finden in regelmäßigen Abständen donnerstags abends von 18 bis 20 Uhr Referatstreffen statt. Dort werden aktuelle Themen diskutiert und über laufende oder neue Projekte gesprochen. Auch hier sind nichtbehinderte Gäste immer willkommen. Eine Mitarbeit wird von der Projektleitung gerne gesehen.

Neben der Projektarbeit bietet das autonome Behindertenreferat persönliche Beratungsgespräche an. Diese umfassen nicht nur Sonderregelungen während des Studiums, sondern auch Auskünfte über selbstständiges Wohnen, Leben mit persönlicher Assistenz und andere denkbare persönlichen Erfahrungen. Dazu gibt es während des Semesters wöchentlich eine feste Beratungsstunde, die ohne Anmeldung genutzt werden kann. Die aktuellen Sprechzeiten können auf der Internetpräsenz www.alternativbegabte.de eingesehen werden, da sie sich mit den Stundenplänen der Berater*innen ändern. Weitere Termine sind nach vorheriger Absprache (projektleitung@alternativbegabte.de) immer möglich.

Das Autonome Lesben- und Schwulenreferat der Universität zu Köln

Ein Stück des lesbisch-schwulen Spektrums in Köln verkörpert das Autonome Lesben- und Schwulenreferat (LUSK) der Uni. Seit das Referat 1981 seine heiligen Hallen erstmals öffnete, gehört es zu einer der etwa 50 in Deutschland existierenden schwul-lesbischen Unigruppen. Es ist damit eine traditionsreiche Institution für lesbische und schwule Interessen.

Das Referat besteht aus etwa 30 Stammmitgliedern. In das Café und zu dem wöchentlich stattfindenden Plenum ist jedoch jede*r herzlichst willkommen und hat Mitsprache- und Stimmrecht. Jede Woche mittwochs ab 17:00 Uhr lädt das Referat alle Interessierten zu Kaffee, Cola oder Bier sowie netten Gesprächen ein. Anschließend findet um 19:30 Uhr das Plenum statt, in dem wichtige Tagesordnungspunkte basisdemokratisch diskutiert und abgestimmt werden. Schließlich ist jede*r eingeladen, auch nach dem Plenum noch zu bleiben und den Abend in gemütlicher Atmosphäre ausklingen zu lassen. Oft finden sich auch kleine Gruppen zusammen, die anschließend noch ein paar Cocktails auf der Zülpicher Straße trinken oder eine Party besuchen.



Jedes Semester gibt es außerdem eine vom LUSK organisierte Erstsemesterparty, den Szenebummel und - neben vielen weiteren Veranstaltungen – die legendäre Rosa Fete. Aber wozu groß erzählen? – Kommt doch einfach vorbei!

Wie ihr zu uns findet und was wir euch sonst noch zu bieten haben, könnt ihr auf unserer Homepage nachlesen: www.LUSK.de

Wichtige Termine im April:

Freitag, 15.04.2011, ab 20:00 Uhr
Erstsemesterparty im Referat (Universitätsstr. 16, 1. Stock)

Mittwoch, 20.04.2011, 19:30 Uhr
„Ersti-Plenum“ mit kurzer Einführung in die Arbeit des LUSK

Freitag, 29.04.2011, ab 19:00 Uhr
Szenebummel, Treffpunkt im Referat (Universitätsstr. 16, 1. Stock), Aufbruch ca. 19:30 Uhr





JAN S. WEBER
POLITIKREFERENT

Sprechstunde
Dienstags 17:00 - 18:00 Uhr

Telefon:
0221 - 470 6212

E-Mail
bilpol@asta.uni-koeln.de



ALEXANDER SUCHOMSKY
SOZIALREFERENT

Sprechstunde
Montags 14:00 - 16:00 Uhr

Telefon:
0221 - 470 6251

E-Mail
soziales@asta.uni-koeln.de



JAN BURCHARD
FACHSCHAFTSREFERENT

Sprechstunde
Dienstags 12:00 - 14:00 Uhr

Telefon:
0221 - 470 5863

E-Mail
fsr@asta.uni-koeln.de

Wie muss die Uni sein?
Der neugewählte AStA im Interview



Nachdruck: *Torsten Rekewitz von der liberalen Hochschulgruppe taufte euch den „rot-grün-blutroten" AStA. Muss sich die Universitätsverwaltung auf einen harten Kampf einstellen?*

Katharina Sass: Mit dem Begriff blutrot kann ich mich nicht identifizieren. Wir als Linke.SDS sind eine Hochschulgruppe, die sich für den demokratischen Sozialismus einsetzt. Die Universitätsverwaltung ist nicht unser Gegner, sondern es geht uns um gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge. Natürlich wollen wir auch ein widerständiger AStA sein, der den Konflikt sucht, wo das nötig ist.

Jonas Thiele (lacht): Immerhin sind wir mit Herzblut dabei, daher habe ich nichts gegen die Bezeichnung „blutrot". Wir werden die Studierendeninteressen offensiv vertreten.

ND: *Aber die ersten Sondierungsgespräche haben begonnen?*

Jonas: Wir stehen im ständigen Kontakt mit dem Rektorat, im Moment vor allem wegen der Zwangsexmatrikulationen.

Katharina: Da zeichnen sich natürlich Differenzen ab. Wir möchten eine demokratische Universität, an der alle Studierenden Sachverhalte kritisch hinterfragen können und mit Muße studieren können – das stand in der Bildungspolitik in der letzten Zeit nicht unbedingt im Vordergrund.

ND: *Das Ergebnis der Wahlen im letzten Dezember kann man schon fast als historisch bezeichnen. Nach elf Jahren gibt es wieder einen AStA, der sich selbst als links bezeichnet.*

Thomas Köppen: Ob man sich in dieses links-rechts-Schema einordnen will, ist Geschmackssache. Der große Unterschied zu unseren Vorgängern ist, dass wir explizit ein politischer AStA sind, der seine Arbeit auch in einen allgemeinpolitischen Kontext einordnet – und nicht nur Service bieten will.

ND: *Das wäre dann aber das allgemeinpolitische Mandat. Was haben Anti-AKW-Demos und Aktionen gegen Neonazis mit Hochschulpolitik zu tun?*

Jonas: Es gibt leider kein allgemeinpolitisches Mandat. Natürlich gibt es aber die Möglichkeit sich als AStA politisch zu äußern, die Universität befindet sich schließlich nicht im luftleeren Raum. Wissenschaft äußert sich immer zu gesellschaftlichen Themen. Wenn rechte, rassistische Tendenzen an der Universität oder im Umfeld auftauchen, ist es unsere Pflicht, darauf hinzuweisen.

ND: *Muss dann auf der anderen Seite der Service darunter leiden?*

Jonas: Der Service leidet natürlich nicht dadurch, dass im AStA mehr Leute arbeiten und aktiv sind. Der Service wird so beibehalten, schließlich werden viele Angebote vom AStA finanziert und durch Experten durchgeführt.

Katharina: Wir sehen uns nicht als Dienstleister, wir sehen uns als Anlaufstelle. Wir wünschen uns, dass das unter den Studierenden mehr wahrgenommen wird. Kommt vorbei, wenn ihr ein Problem oder eine Idee habt!

ND: *Die Semesteranfangsparty „Le Debut" wird aber eingespart.*

Thomas: Ich finde das persönlich sehr schade, als meine erste Entscheidung diese Party aussetzen zu müssen. Das hat aber keine Gründe, die in den Hochschulgruppen zu suchen sind. Die „Le Debut" hat in den letzten Jahren durchschnittlich einen Verlust von 7000 Euro zu verzeichnen.

Dass das Konzept geändert werden muss, war auch unseren Vorgängern klar. In den zwei Monaten, die wir jetzt im Amt sind, konnten wir natürlich kein komplett neues Konzept aufstellen.

ND: *Wurden hier also studentische Gelder verschwendet?*

Thomas: In der Geschichte der studentischen Selbstverwaltung ist es deutschlandweit immer wieder zu krasser Misswirtschaft und Veruntreuungen gekommen. Da gab es Partys, die Verluste im sechsstelligen Bereich gemacht haben, es gab Fälle, wo Gelder auf die Bahamas überwiesen wurden. Die Le Debut ist kontinuierlich schlecht gelaufen, hat das aber aus früheren Gewinnen bezahlt. Dafür hat also kein Studierender zahlen müssen. Es gibt auch andere Punkte, die ich meinen Vorgängern vorgehalten habe und vorhalten werde. Im Großen und Ganzen aber haben meine Vorgänger im Finanzreferat verantwortungsvolle Arbeit geleistet.

ND: *Im Allgemeinen Studierendenausschuss sitzen jetzt mit der Linke.SDS, der Juso HSG und campus:grün, die Hochschulgruppen, die auch die Landesregierung in NRW stellen oder sie zumindest tolerieren.*

Jonas: In erster Linie sitzen jetzt im AStA Hochschulgruppen und keine Parteien. Natürlich sitzen jetzt im AStA auch Parteimitglieder, das ist aber auch schon seit gefühlten 35 Jahren so. Auch bei Hochschulgruppen ohne Partei-Label ist das natürlich der Fall.

Katharina: Der SDS ist ein Studierendenverband, der der Linken nahe steht. Natürlich sind wir inhaltlich unabhängig, wir sehen uns wie die meisten Jugendverbände auch als Korrektiv der Partei und beten nicht einfach nach, was die sagen.

Thomas: Natürlich besteht eine inhaltliche Affinität, aber es geht nicht so weit, wie es manchmal so dargestellt wird. Oftmals gründen sich die Hochschulgruppen autonom und entwickeln sich eigenständig. Irgendwann entwickelt man dann den Anspruch Einfluss auf die Hochschulpolitik der Parteien zu nehmen. Das ist auch gut so. Ohne die Jugendverbände wären Studiengebühren in NRW nicht abgeschafft worden.

ND: *Die Landesregierung hat die Studiengebühren nun zum kommenden Wintersemester abgeschafft. Sind das Vorschusslorbeeren?*

Katharina: Seit meinem ersten Semester war ich zum Beispiel im Arbeitskreis Gebührenboykott, ich bin jetzt im neunten Semester. Ich habe eigentlich permanent für die Abschaffung gekämpft.

ND: *Der Protest gegen die Studiengebühren wird von einem Kampf um Kompensationszahlungen gefolgt.*

Jonas: Jetzt muss man aufpassen, dass diese Kompensationszahlungen auch kommen. Der Gesetzesentwurf sieht nur minimale Kürzungen vor und schreibt fest, dass die Kompensationszahlungen nur für die Lehre verwendet werden dürfen. Im Grunde müsste nichts gestrichen werden. Kürzungen

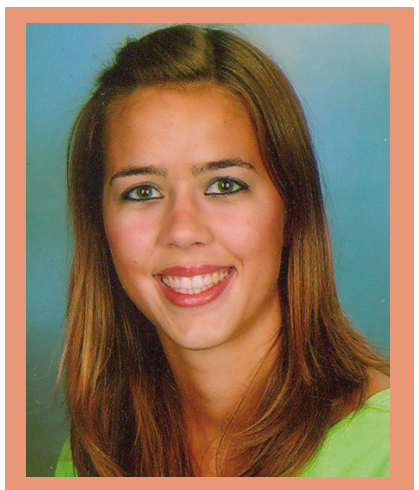


JONAS THIELE
1. VORSITZENDER

Sprechstunde
Montags 10:00 - 12:00 Uhr

Telefon:
0221 - 470 6254

E-Mail
vorstand@asta.uni-koeln.de



KATHARINA SASS
2. VORSITZENDE

Sprechstunde
Donnerstags 10:00 - 12:00 Uhr

Telefon:
0221 - 470 6254

E-Mail
vorstand@asta.uni-koeln.de



THOMAS KÖPPEN
FINANZREFERENT

Sprechstunde
Freitags 10:00 - 12:00 Uhr

Telefon:
0221 - 470 6254

E-Mail
finanzen@asta.uni-koeln.de



THOMAS HEISE
ÖKOLOGIEREFERENT

Sprechstunde
Montags 10:00 - 12:00 Uhr

Telefon:
0221 - 470 5863

E-Mail
oekologie@asta.uni-koeln.de

wurden aber schon für das Sommersemester angekündigt, das zeigt natürlich die Verlogenheit, da in diesem Semester noch Studiengebühren erhoben werden und danach die Kompensationszahlungen greifen. Alle Streichungen, ob Prüfungstermine oder Personal, die jetzt vorgenommen werden, sind unnötig.

Katharina: Ich glaube, dass der Zeitpunkt der Ankündigung von Kürzungen vom Rektorat sehr strategisch gewählt wurde, nämlich genau als geschachert wurde, wann die Gebühren abgeschafft werden sollen.

Thomas: Ich habe das Gefühl, dass unter dem Vorwand einer fehlenden finanziellen Kompensation auch andere unliebsame Dinge gestrichen wurden, die für die Professoren auch eine Menge Arbeit bedeuten – wie zum Beispiel der zweite Prüfungstermin.

ND: *Die Linke auf Landesebene würde sich über eine stellvertretende Ministerpräsidentin freuen, Katharina, du bist jetzt zweite Vorsitzende. Auch der Juso HSG wurde bei der Aufteilung der Referate große Zugeständnisse gemacht.*

Thomas: Das stellt sich nach außen natürlich so dar. Die zwei wichtigsten Posten, erster und zweiter Vorsitz, liegen nicht bei der Juso HSG. In dieser Koalition wird nicht geguckt, wer ist Referent und wer nur Projektleiter. Gerade am Anfang war es gut, dass Mitglieder der Juso HSG, die schon einige Erfahrungen aus den letzten Jahren haben, als Referenten weitergearbeitet haben.

Katharina: Wir haben uns ins allen drei Hochchulgruppen für diese Koalition einstimmig dafür ausgesprochen.

ND: *Neue Referate: Ein Ökologiereferat ist natürlich bei einer grünen Hochschulgruppe Pflicht. Auch das Referat für kritische Wissenschaften ist dazu gekommen. Gibt es auch unkritische Wissenschaften?*

Katharina: Ich würde sogar sagen, dass ein sehr großer Teil der Wissenschaft, die an dieser Uni betrieben wird, unkritisch ist. Der Gesellschaftsbezug fehlt.

ND: *An welcher Fakultät gibt es wohl die einhelligste Lehrmeinung?*

Katharina: Ich studiere selber an der WiSo-Fakultät. An fast allen WiSo-Fakultäten in Deutschland herrscht die neo-klassische Denkschule vor, wenn man Glück hat, gibt es noch ein bisschen Neokeynesianismus, wie auch bei uns, und das war es dann. Post-keynesianische, marxistische Thesen werden nicht gelehrt, dagegen wird der andere Teil als die einzig wahre Ökonomie dargestellt. Es wird den Studierenden nicht bewusst gemacht, dass sie in einer Denkschule erzogen werden. Wir organisieren dazu im Moment eine Ringvorlesung zum Thema.

ND: *Kritische Wissenschaften, in diesem Zusammenhang fällt auch die Zivilklausel. Seid ihr mit dem Ergebnis der Abstimmung zufrieden?*

Jonas: Ich bin mit dem Ergebnis super zufrieden, eine klare Mehrheit der Studierenden hat sich schließlich für die Zivilklausel ausgesprochen.

ND: *Das Ergebnis ist aber gar nicht bindend.*

Katharina: Das zeigt natürlich, dass die Uni nicht demokratisch ist. Das Votum muss man ernst nehmen. Wir möchten diese Debatte in sämtlichen Gremien führen.

ND: *Dabei ist nicht so ganz klar, welche Kooperationen bei militärischer Forschung überhaupt bestehen. Die Universität hält die Verträge mit dem Hinweis auf die Wissenschaftsfreiheit unter Verschluss.*

Jonas: Es sickern immer mal wieder Dinge durch. Bei der Bayer AG ist es so, dass man nicht weiß, was in den Verträgen drin steht – das ist an sich kritikwürdig. Hier soll etwas versteckt werden. Es ist ein Problem, wenn öffentliche Einrichtungen für die Privatwirtschaft Forschung übernehmen.

Thomas: Freiheit heißt nicht, dass man tun und lassen darf, was man will. Die Wissenschaftsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes muss dem Allgemeinwohl dienen.

Katharina: Generell sprechen wir uns bei den Drittmittelverträgen dafür aus, dass transparent dargelegt wird, welche Absprachen bestehen und wem die Ergebnisse zu Gute kommen.

ND: *Das betrifft auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter.*

Katharina: Wenn Doktoranten sich ihre Arbeiten von Unternehmen finanzieren lassen, kann es passieren, dass sie dies später nicht öffentlich machen können, weil das Unternehmen die Ergebnisse behalten will – dann können sie sich mit ihrer Doktorarbeit nicht bewerben. Das ist ein Auswuchs der Jagd nach Drittmitteln.

Thomas: Auch die Professoren können nicht frei forschen, sondern sind immer mehr dazu gezwungen, Gelder einzutreiben und können deshalb nicht ihren Fokus selbstbestimmen.

ND: *Sollte die Professorenschaft also wieder mehr mitbestimmen – Stichwort Hochschulrat.*

Jonas: Um zu einer Demokratisierung bei zu tragen sollte die rot-grüne Landesregierung den Hochschulrat wieder abschaffen.

Katharina: Wir fordern die Abschaffung und nicht nur eine andere Besetzung oder andere Ausgestaltung. Der Senat muss wieder seine alten Kompetenzen zurückerhalten und die einzelnen Statusgruppen, sprich Studierende, Professorenschaft, nicht-wissenschaftliche und wissenschaftliche Mitarbeiter, müssen mindestens mit Viertelparität vertreten sein.

ND: *Viel einschneidender noch als die Gründung des Hochschulrates war die Einführung der Bologna-Reform. Ausbessern oder gleich wieder abschaffen?*

Jonas: Zu diesem Thema planen wir für das kommende Semester eine Bologna-Konferenz an der Universität.

Katharina: Dabei soll natürlich auch die Professorenschaft und der akademische Mittelbau zu Wort kommen, die von der Reform genauso betroffen sind, weil sie das Ganze ausbessern müssen. Die Arbeitsverhältnisse sind zum Teil prekär und schwierig. Dabei wollen wir sammeln welche Kleinigkeiten unter dem Deckmantel von Bologna eingeführt worden sind - zum Teil pure Schikane.

DAS INTERVIEW FÜHRTE
ALEXANDER FRITSCH



JOHANNA GLASER
REFERENTIN FÜR KRITISCHE WISSENSCHAFTEN UND ANTIDISKRIMINIERUNG

Sprechstunde
Montags 10:30 - 11:30 Uhr

Telefon:
0221 - 470 2995

E-Mail
kriwi@asta.uni-koeln.de



LEA ELSÄSSER (FOTO),
JULIUS JACOBY
ÖFFENTLICHKEITSREFERAT

Sprechstunde
Montags 14:00 - 15:00 Uhr

Telefon:
0221 - 470 2995

E-Mail
oeffref@asta.uni-koeln.de



Liebe Kommiliton*innen,

zum neuen Semester möchte ich euch alle ganz herzlich begrüßen. Als Fachschaftsreferent des AStAs und bin ich verantwortlich für die Zusammenarbeit mit den Fachschaften an der Uni.
Die Fachschaften an unserer Uni sind sehr vielfältig in ihren Aktivitäten und ihrer Organisation. Nicht alle Studiengänge haben zum Beispiel eine eigene Fachschaft und zum Teil verändern sich auch die Aktivitäten einer Fachschaft – je nach dem, welche Personen grade aktiv sind und wie diese sich einbringen können oder wollen. Ihr könnt euch ja mal umhören, ob es eine Fachschaft gibt, die sich für euch verantwortlich fühlt und an die ihr euch wenden könnt.
„Und wozu das Ganze?“ fragt ihr euch jetzt vielleicht. Fachschaften erfüllen viele Aufgaben. Sie betreuen Erstsemester, beraten Student*innen bei verschiedenen Fragen (wie zu Lehrpersonen oder Studiumsablauf) und organisieren Partys oder andere Veranstaltungen.Die Student*innen in den Fachschaften sind aktiv um den anderen Student*innen zu helfen, sie zu unterstützen und zu begleiten.
Neben den Fachschaften der Fakultäten oder einzelnen Studiengängen gibt es aber noch ein breites Spektrum verschiedener andere Gruppen, bei denen man sich einbringen kann. Es gibt politische Hochschulgruppen sowie Gruppen, die gesellschaftliche oder ökologische Themen behandeln (z.B. Amnesty oder oikos) oder sich kritisch mit ihrem Studium auseinandersetzen (wie z.B. die kritischen Medizinstudierenden).
Fachschaften und andere Hochschulgruppen sind eine Möglichkeit sich einzubringen und die demokratischen Strukturen der Uni zu stärken. So könnt ihr mitreden, eure Interessen vertreten und etwas für die Student*innenschaft tun.
Wenn es keine Fachschaft in eurem Studiengang gibt, schafft ihr es vielleicht mit anderen motivierten Kommoliton*innen eine neue zu gründen. Das Spektrum ist enorm groß und Engagement ist immer eine gute Möglichkeit, neben dem Studium auch noch andere Themenfelder der Uni kennen zu lernen.
Eine Übersicht über viele Fachschaften und Hochschulgruppen findet ihr auf www.portal.uni-koeln.de/stud_selbstvertretung.html.
Bei allen Fragen rund um das Thema steht euch der AStA natürlich zur Verfügung.

JAN BURCHARD,
FACHSCHAFTSREFERENT



Ringvorlesung

Alternativen denken – Wissenschaft und Gesellschaft kritisch beleuchtet



Die Aufgabe einer Hochschule ist die Vermittlung von Wissen sowie das Ausbilden selbstständiger, wissenschaftlich arbeitender Menschen. Es sollen Wissenschaftler*innen gebildet werden, die ihre Umgebung kritisch hinterfragen und aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft teilnehmen.

Die Realität sieht jedoch häufig anders aus. Überfüllte Hörsäle, viel Stoff, kaum Zeit und Möglichkeit zum Hinterfragen der Lerninhalte, zu viel Theorie und zu wenig Bezug zu Gesellschaft und Realität....

Scheuklappen ablegen - Alternativen denken!

Das Referat für Kritische Wissenschaften und Antidiskriminierung des AStA bietet in den kommenden zwei Semestern eine Ringvorlesung mit dem Titel „Alternativen denken – Wissenschaft und Gesellschaft kritisch beleuchtet“ an. Die Ringvorlesung soll wissenschaftliche Alternativen zu den an der Universität gelehrten Denkschulen präsentieren und kritisch analysieren.

Von der Rolle und Verantwortung der Wissenschaft im Allgemeinen, über den Umbau des Bildungswesens bis hin zu wirtschaftlichen Denkschulen im Kreuzfeuer - Diskussionsstoff ist reichlich vorhanden. Im Sommersemester hat der AStA eine Reihe von renommierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler*innen gebeten, auch an dieser Uni zu zeigen, dass es Alternativen zum neoklassischen Mainstream gibt. Gerade vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise wird klar, dass die vorherrschenden Modelle der Wirtschaftswissenschaften alleine nicht ausreichen, um den globalisierten Kapitalismus und seine Auswirkungen zu erklären.

Wir laden alle ein, sich im Rahmen der Vorlesung mit alternativen Denkschulen zu beschäftigen. Wissenschaft bedeutet nicht die Reproduktion vorgegebener Lehrbuch-Inhalte, sondern kritische Auseinandersetzung. Also kommt vorbei und nutzt die Gelegenheit, selbst kritische Wissenschaft zu leben!

Die Ringvorlesung wird durch das Referat für Kritische Wissenschaften und Antidiskriminierung organisiert.
✉kriwi@asta.uni-koeln.de

Einführung in Kritische Wissenschaften

1) 14. April 2011, 17:45
Was ist kritische Wisssenschaft?
Prof. Dr. Morus Markard (Sozialpsychologe, FU Berlin
Hörsaal G, Hörsaalgebäude

2) 28. April 2011, 17:45
Die „unternehmerische Hochschule“
Torsten Bultmann (Geschäftsführung BdWi – Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler)
H 80, Philosophische Fakultät

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

3) 5. Mai 2011, 17:45
Kritik des Neoliberalismus
Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Dr. Bettina Lösch (Sozialwissenschaftler_innen, Universität zu Köln)
Hörsaal G, Hörsaalgebäude

4) 12. Mai 2011, 17:45
Systemkrise: Scheitert der Kapitalismus an sich selbst?
Prof. Dr. Claus Peter Ortlieb (Mathematiker, Universität Hamburg)
H 80, Philosophische Fakultät

5) 19. Mai 2011, 17:45
Die aktuelle Krise: Von der Immobilien-Krise bis zu den aktuellen Rettungspaketen
Dr. Oliver Nachtwey (Wirtschaftssoziologe, Universität Trier)
H 80, Philosophische Fakultät

6) 26. Mai 2011, 17:45
Homo Oeconomicus - Sind wir alle Nutzenmaximierer?
Dr. Torsten Niechoj (Politologe, IMK - Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung)
H 80, Philosophische Fakultät

7) 9. Juni 2011, 17:45
Wie realistisch ist Marx?
Dr. Michael Heinrich (Politologe und Mathematiker, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin)
Hörsaal G, Hörsaalgebäude

8) 30. Juni 2011, 17:45
Podiumsdiskussion: Konsequenzen aus der Krise - Wie sollten wir in Zukunft wirtschaften?
Hörsaal G, Hörsaalgebäude

Zum Auslandsstudium an der Uni Köln: Die Angebote für ausländische Studierende im Überblick

Für jeden Studienanfänger und jede Studienanfängerin sind die ersten Tage und Wochen an der Uni kompliziert. Dabei ist diese Zeit, wenngleich natürlich auch aufregend, für Studierende aus dem Ausland besonders schwierig. Neben den Sprachbarrieren gibt es häufig auch kulturelle Unterschiede, die es zu verstehen und zu überbrücken gilt.

Damit das Auslandsstudium an der Uni Köln so problemfrei wie möglich verläuft, gibt es viele Angebote, die Hilfestellung und Unterstützung bieten.

Angebote des AStA

Im Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), der gewählten Vertretung der Studierenden, ist das Sozialreferat für den Themenbereich Internationales zuständig. Der Sozialreferent bietet einmalwöchentlich eine Sprechstunde an,in der er für Fragen rund ums Studium in Köln zur Verfügung steht.
Darüber hinaus gibt es beim AStA auch einen Reader für ausländische Studierende. In verschiedenen Sprachen bietet er einenÜberblick über alle internationalen Angebote und ist ein hilfreicher Ratgeber für die ersten Tage an der neuen Uni.
Bei der Suche nach einer Wohnung hilft auch die AStA-Homepage FAIRmieten weiter. Dort erhält man Informationen rund um die einzelnen Stadtteile in Köln und erfährt, welcher Preis für eine Wohnung angemessen ist.

Der AStA bietet auch eine eigene Beratung für ausländische Studierende an. Alle Sprechzeiten finden sich auf der Internetseite des AStA. Neben der Beratung wird zudem auch Begleitung bei schwierigen Behördengängen angeboten.

Das Akademische Auslandsamt

Ein weiterer wichtiger Ansprechpartner ist das Akademische Auslandsamt (AAA). Beim AAA kann man sich bei Problemen, die während eines Studiums an einer ausländischen Uni aufkommen, beraten lassen.

Auf der Homepage des AAA findet sich außerdem eine Übersicht über Internationale Hochschulgruppen. Ziel der Internationalen Hochschulgruppen ist es, Vorurteile abzubauen, in dem über verschiedene Kulturen informiert wird.

In diesen Zusammenschlüssen von ausländischen Studierenden können Erfahrungen des Auslandsstudiums mit anderen Kommiliton*innen geteilt und der ein oder andere Tipp ausgetauscht werden. Damit bekommen ausländische Studierende die Möglichkeit, Informationen auch in ihrer Heimatsprache zu erhalten. Einige Hochschulgruppen richten dafür sogar eigene Arbeitskreise ein.

Um den Einstieg ins Studium zu erleichtern, veranstalten einige der internationalen Hochschulgruppen auch Begrüßungsveranstaltungen für Erstsemester*innen. Allerdings wird auch während des Semesters viel unternommen. Es werden Lesungen und Länderabende organisiert oder Informationsmaterialen für ausländische Studierende erstellt.

TEAM-PROGRAMM

Um den Einstieg an der Uni zu erleichtern bietet der AStA, in Kooperation mit dem Akademischen Auslandsamt, auch dieses Semester das TEAM-Programm an.
In diesem Programm haben alle Studierenden die Möglichkeit eine Patenschaft für internationale Studierende zu übernehmen.

Was beinhaltet eine Patenschaft?

Alle Pat*innen bekommen ein*e Student*in aus dem Ausland zugeteilt, der*dem sie in den ersten Wochen des Studiums die Uni näher bringt. Die Pat*innen helfen, indem sie Ansprechpartner*in sind und bei Bedarf unter die Arme greifen, um den Einstieg in die Uni zu erleichtern. Darüber hinaus können sie beispielsweise bei Anmeldungen (Bibliothek, Prüfungen, etc.) behilflich sein. Die Patenschaft kann aber auch darüber hinaus gehen und die neuen Studierenden über die zahlreichen Freizeitaktivitäten informieren und sie einbinden.

Die Teilnahme kann eine perfekte Vorbereitung auf ein Auslandssemester und der Beweis von sozialem Engagement während des Studiums sein. In wie fern mensch sich einbringen will, ist den Pat*innen selbst überlassen und hängt natürlich auch mit dem Interesse der zugeteilten Person zusammen. Der Zeitaufwand kann also selbst bestimmt werden.

Durch das TEAM-Programm haben Pat*innen die Möglichkeit interkulturelle Erfahrungen auszutauschen. Darüber hinaus auch gegebenenfalls Fremdsprachenkenntnisse ausbauen, wobei die Personen aber auch größtenteils deutsch sprechen. Jede*r Pate*in kann sich im AStA eine offizielle Teilnahmebescheinigung ausstellen lassen.

An wen können sich Interessierte wenden?

Das Sozialreferat des AStA der Universität zu Köln betreut das TEAM-Programm. Wenn du interessiert bist, dann schreib eineE-Mail an das Sozialreferat mit deinem Namen und deinen Kontaktdaten inkl. Telefonnummern.
sozialreferat@asta.uni-koeln.de

FAIRmieten:
www.fairmieten-koeln.de
AAA:
www.verwaltung.uni-koeln.de/international

Ringvorlesung Amnesty Wirtschaft, Konsum und Menschenrechte



Die Ringvorlesung, die die Amnesty International Hochschulgruppe dieses Sommersemester anbietet, thematisiert die Zusammenhänge zwischen alltäglichem Kaufverhalten und der Verletzung von Menschenrechten. Dafür werden verschiedenste Menschenrechtsproblematiken diskutiert, die in unserer globalisierten und marktwirtschaftlich orientierten Welt eine Rolle spielen. Es wird der Frage nachgegangen, inwiefern Menschenrechte und der alltägliche Konsum zusammenhängen, wo Ressourcen ausgebeutet und Menschenrechte verletzt werden und welchen Einfluss die Wirtschaft und multinationale Unternehmen ausüben.

Referent*innen aus Politik, Universität und verschiedenen NGOs stellen zu den Überthemen „Ressourcenausbeutung und Menschenrechtsverletzung“, „Die Ware Mensch“, „Das Recht auf Ressourcen“ und „die wirtschaftliche Perspektive“ unterschiedliche Problemfelder vor. Sie vertiefen anhand konkreter Beispiele, wie etwa der Ölkatastrophen im Nigerdelta, modernem Menschenhandel in Europa oder Konzepten der Corporate Social Responsibility die Themen und stellen gleichzeitig ihre Arbeit und damit verbunden mögliche Verbesserungsansätze vor. Somit sind verschiedenste Einblicke garantiert.

Die Veranstaltung richtet sich an Hörer*innen aller Fakultäten, für Studierende in einem Bachelor-Studiengang besteht bei regelmäßiger Teilnahme und Bestehen der abschließenden Klausur die Möglichkeit, im Rahmen des Studium Integrale 4 ECTS-Punkte zu erwerben.

Die Vorlesung findet mittwochs von 19.30 bis 21.00 im Hörsaal II im Hauptgebäude statt. Den genauen Vorlesungsplan und weitere Informationen könnt Ihr hier einsehen:

www.amnesty-hsgkoeln.de

13.04.2011
Einführung: Menschenrecht und Ressourcen:
Prof. Dr. Martina Fuchs (Universität zu Köln)

20.04.2011
Öl im Nigerdelta
Antje Breucking
(Amnesty International Deutschland)

27.04.2011
Ausbeutung in der Textilindustrie
Christiane Schnura (Kampagne für saubere Kleidung)

04.05.2011
Blutdiamanten
Anne Jung (Medico International)

11.05.2011
Kinderarbeit und Kinderrecht
Kerstin Bücker (Unicef, Bereich Kommunikation & Kinderrecht)

18.05.2011
Menschenhandel
Behshid Najafi (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistiscge Ausbeutung)

25.05.2011
Organhandel
Dr. Ruth-Gaby Vermot-Mangold (Parlamentarische Versammlung des Europarates)

01.06.2011
Menschenrecht Wasser
Dr. Kim Weidenberg (FIAN Deutschland)

08.06.2011
Flüchtlinge in Europa & Flüchtlingspolitik
-noch offen-

22.06.2011
Menschenrecht auf Klimaschutz
Dr. Theodor Rathgeber (Institut für interkulturelle Kompetenz & Didaktik)

29.06.2011
Wirtschaft, Global Governance und Menschenrechte
Dr. Brigitte Hamm (Universität Duisburg-Essen)

06.07.2011
Corporate Social Responsibility
Dr. Peter Thimme (Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft)

13.07.2011
Microfinancing
Prof Dr. Udo Reifner, (Institut für Finanzdienstleistungen e.V., Hamburg)

Sch(w)ule ignoriert

STUDIE Gerade einmal jedes fünfte Schulbuch erwähnt Homosexualität



Foto: yuvi_panda / flickr.com

VON MAX CHRISTIAN DERICHSWEILER

„Du schwule Sau“ ist das am meisten genutzte Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen. Die Suizidgefährdung von schwulen und lesbischen Jugendlichen ist fünfmal höher, als bei ihren heterosexuellen Mitschüler*innen. Das ist die Realität im Schulalltag, die sich in gewisser Weise in Schulbüchern widerspiegeln und so vor allem Toleranz gegenüber schwullesbischen Lebensweisen schaffen und Ressentiments abbauen sollte.

Student*innen auf Lehramt kennen das Problem: Oft quälen sie sich mit einer möglichst optimalen Unterrichtsvorbereitung und der Planung von Unterrichtseinheiten, die auf die Schüler*innen ausgerichtet sein sollen. Fachwissenschaftliche und didaktische Erarbeitung des Unterrichtsthemas fordert den angehenden Lehrer*innen nicht nur Wissen, sondern auch Kreativität ab. Wie kann man den Unterricht möglichst anschaulich gestalten und doch Inhalte konkret vermitteln? Auch wenn viele Unterrichtseinheiten selbstständig aufgearbeitet werden, müssen sich die Studierende auf die inhaltliche Konzeption und Themengestaltung der vorhandenen und verwendeten Schulbücher im Unterricht verlassen. Schulbücher bilden einen zentralen Bestandteil des Unterrichtsgeschehens. Damit beeinflusst das Schulbuch die Lehrperson in der Unterrichtsgestaltung und damit auch die Schüler*innen.

Gerade einmal jedes fünfte Schulbuch erwähnt das Thema Homosexualität. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Autonomen Lesben- und Schwulenreferat an der Uni Köln (LUSK) herausgegebene Studie. Die Untersuchung über die Thematisierung von schwullesbischen Lebensweisen in NRWs Schulbüchern, wurde im Rahmen der „Aktionswoche gegen Sexismus und Homophobie“, die jährlich an der Uni Köln in Zusammenarbeit mit dem AStA veranstaltet wird, erarbeitet. Drei Lehramtsstudierende und Mitarbeiter*innen des LUSK analysierten insgesamt 365 Schulbücher anhand des aktuellen Bestands der Universitäts- und Fachbibliotheken der Uni Köln. Hierbei wurden die Fachbereiche Geschichte, evangelische Religionslehre, Politik/Sozialwissenschaften, Englisch, Deutsch und Biologie näher unter die Lupe genommen. Insgesamt fanden sich 67 Nennungen, darunter die Mehrzahl von 55, im Bereich Biologie. Geschichte und evangelische Religionslehre teilen sich die restlichen Nennungen.

Doch besonders interessant bzw. schockierend ist, in welchem Zusammenhang schwullesbische Lebensweisen hier thematisiert werden, oder eben nicht. Zumeist wird „Homosexualität“ lediglich genannt und findet keine inhaltliche Thematisierung, statt. Im Fach Biologie steht es oft am Seitenrand notiert und kurz glossarartig erklärt. In den anderen Fächern findet keine Erklärung des Begriffs statt, sondern ist in den unterschiedlichsten, zumeist negativ besetzten Kontexten zu finden. Zum Beispiel in Geschichtsbüchern findet sich Homosexualität, wenn überhaupt, im Zusammenhang des Dritten Reiches genannt. Neben der historisch unkorrekten Tatsachenbeschreibung der systematischen Verfolgung der Homosexuellen, womit aber vor allem männliche Homosexuelle gemeint sein müssten, wird auch an einer Stelle eine Begründung für die Verfolgung geliefert, nämlich dass die Ursache in der Lebensführung zu finden sei. Ein einziges Buch, aus dem Geschichts-Pool, führt im Stichwortverzeichnis „Homosexualität“ auf; der zu findende Eintrag lautet: „So hat sich in den letzten Jahren der Christopher-Street-Day zum Feier- und Protesttag der Homosexuellen entwickelt. Mit Geschichte wird auch Geld verdient.“ Lediglich den Kopf schütteln kann man auch angesichts eines Biologie-Buchs, das Homosexuelle mit Triebverbrechern, Sadisten und Prostitution gleichsetzt.

Auch die Illustrationen in den Schulbüchern wurden näher untersucht. In einem evangelischen Religionsbuch wird im einleitenden Schaubild eine Landkarte mit Dörfern, Gebieten und Regionen um das Thema „Liebe“ herum vorgestellt. Dort lässt sich auch „Homostadt“ finden, bezeichnenderweise auf der anderen Seit des Flusses „Fluss der wahren Liebe“, auf der gleichen Flussseite wie „Flirtstadt“, die aber im Gegensatz zu „Homostadt“ eine Brücke über den Fluss besitzt. Neben solchen bizarren Beispielen, lassen sich gerade in evangelische Religionsbüchern wenige, aber gute Thematisierungen finden: Hier wird sich oftmals auf einer Doppelseite mit eigenen Vorurteilen gegenüber Schwulen und Lesben auseinandergesetzt und eine Reflexion dieser angeregt.

Fazit: Eine ausreichende und konstruktive Thematisierung in NRWs Schulbüchern erfolgt nur im sehr geringen Maße und wenn kaum ausführlich. Vor allem fehlen etwa Positivbeispiele eines schwullesbischen Alltags, der jenseits von Verfolgung und Diskriminierung Homosexualität auch als unproblematisch und positiv gestaltbare sexuelle Identität zeigt. Angesichts der sich seit 2008 verstärkenden Intoleranz Jugendlicher gegenüber Schwulen und Lesben, wäre es aus gesellschaftspolitischer Verantwortung wünschenswert, dass schwullesbische Lebensweisen stärker in den Fokus der Schulbücher gerückt werden. Dazu ist es nötig, die Schulbuchverlage zu der inhaltlichen Ausarbeitung ihrer Schulbücher anzuhalten. Die Niederlande sind wieder einmal schon weiter. Hier gibt es schon solche Mathematikaufgaben: „Zwei Väter kaufen ein Sofa für 1.399 Euro mit 25 Prozent Rabatt. Wie viel müssen sie bezahlen?“ Viele Beteiligte hoffen nun auf einen deutlichen Anstoß durch den von NRW-Landesregierung beschlossenen „Aktionsplan gegen Homophobie NRW“.

Die vollständige LUSK-Studie 2011 findet ihr unter: www.archiv.lusk.de

Der Autor ist Projektleiter im Referat für Kritische Wissenschaften und Antidiskriminierung des AStA.
✉kriwi@asta.uni-koeln.de



Von der Erleuchtung zum kleinen Sorgenkind

Die Energiesparlampe und ihre Alternativen

Foto: sa_nichtverfuegbar / flickr.com

VON THOMAS HEISE

Die Diskussion um die Auswirkungen von als „klimafreundlich“ bezeichneten Maßnahmen auf Mensch und Natur ist zunehmend entbrannt. Der jeweilige Nutzengewinn von beispielsweise Biosprit, Photovoltaikanlagen und Energiesparlampen wird zunehmend kritisch betrachtet. Manche gut gemeinte Innovation der letzten Jahre hat ihre ausschließlich „umweltfreundliche“ Unschuld in der Vergangenheit verloren. Ist der Autotreibstoff E10 wirklich umweltfreundlich, wenn Menschen deswegen in anderen Ländern hungern? Was ist der Nutzen bestimmter Photovoltaik-Anlagen, die krebserregende Stoffe enthalten und nach ihrem Gebrauch auf den Sondermüll gehören? Da eine Vielzahl von Kölner Student*innen nicht auf eine Autonutzung angewiesen sind und meistens auch ihnen das Geld für ein schickes Eigenheim mit Solaranlage fehlt, soll es im Folgenden um etwas Trivialeres gehen: Die Glühbirne.

Wie war die Entwicklung der letzten Jahre?

Ab Ende 2009 begann auf Beschluss der Europäischen Union das Sterben der „stromfressenden“ klassischen Glühbirnen mit Wolframdraht. Nach EU-Plänen sollten in Folge durch energiesparende Lampen bis zum Jahr 2020 Strom in der Größenordnung von der Leistungsmenge von vier Atomkraftwerken eingespart werden. Die Nachfolge galt Energiesparlampen mit einem höheren Wirkungsgrad und einer längeren Lebenszeit.

Was ist nun das eigentliche Umwelt-Problem?

Konnten klassische Glühbirnen nach einem Defekt normal in den Haushaltmüll entsorgt werden, benötigen Leuchtstoff-Energiesparlampen eine Sonderentsorgung. Diese beinhalten nämlich zur Lichterzeugung das giftige Schwermetall Quecksilber. Geht beispielsweise eine Lampe zu Bruch, kann das Quecksilber, falls es nicht in fester Form gebunden ist, in Form von toxisch wirkenden Dämpfen austreten. Viele Menschen sind sich dieser Gefahr nicht bewusst und entsorgen die Lampen achtlos im normalen Müll. Nur vereinzelt gibt es bisher Entsorgungscontainer für die entsprechenden Lampen in Geschäften. Herstellerfirmen sind nicht zur Rücknahme verpflichtet.

Was passiert mit den sonderentsorgten Lampen?

Die eigentliche Farce ist die momentane Entsorgungslage dieser Leuchtstoff-Energiesparlampen. Leuchtstoff und Quecksilber bleiben nach dem Trennen von Glas übrig. Da es zurzeit nicht wirtschaftlich ist, unter hohem Energieaufwand diese Stoffe zu trennen, werden diese, verpackt in Fässern, beispielsweise in alten Salzstöcken „zwischengelagert“. Was fehlt sind nachhaltige Recyclingprozesse und Energiesparlampen ohne Quecksilber. An Letzterem forschen die Glühlampenherstellerfirmen seit längerer Zeit. Nichtsdestotrotz sollten solche Glühbirnen vernünftigerweise an Sammelstellen abgegeben werden.

Welche quecksilberfreien Alternativen zu Glühbirnen gibt es?

Beim Gang durch Kölner Elektrogeschäfte findet sich neben Leuchtstoffmodellen noch LED-Glühlampen sowie Halogenlampen für die normale Glühbirnenfassung, die beide frei von Quecksilber sind. Vorteil von LED-Glühlampen ist das meist noch effizientere Verhältnis von Stromverbrauch zur Lichtgewinnung (bis zu 80% Stromeinsparung) und die noch längere Lebensdauer. Nachteilig wirkt sich die geringe Leuchtkraft aktueller Modelle (max. vergleichbar mit einer 60-Watt Birne), der hohe Preis (etwa 25 Euro aufwärts) und die gleiche Entsorgungsform wie bei Leuchtstoff-Lampen aus.

Halogenlampen als zweite Alternative können im normalen Restmüll entsorgt werden und haben eine hohe Leuchtkraft. Diese stellen aber, aufgrund ihrer schlechten Energieeffizienz von in der Regel nur etwa 35 Prozent Stromeinsparung, höchstens eine Übergangslösung dar.

Ist der Kauf von Leuchtstoff-Energiesparlampen nun trotzdem zu empfehlen?

Eine eingeschränkte Empfehlung zum Kauf lässt sich dennoch zur Zeit aussprechen. Im Vergleich zwischen dem ausgestoßenen Quecksilber, welches in Kohle gebunden ist, bei der Stromerzeugung in den Kohlekraftwerken und den Einsparungen einer quecksilberhaltigen Energiesparlampe, ist die Verwendung einer Energiesparlampe sinnvoll. Nach der Umstellung der Energieherstellung auf 100 Prozent Erneuerbare ist diese Empfehlung jedoch bezogen auf das Quecksilberargument hinfällig. Bei einer Entscheidung für eine solche Lampe sollte jedoch in jedem Fall aus gesundheitlichen Gründen auf gebundenes Quecksilber im Lampeninneren geachtet werden.

Was ist dann die bevorzugte Wahl?

LED-Lampen stellen aus den vorher genannten Gründen eine bessere Alternative dar. Es ist davon auszugehen, dass dieser Lampentyp in Zukunft noch heller und günstiger wird und somit gemeinsam mit quecksilberfreien Leuchtstoff-Energiesparlampen in Zukunft für Licht in dunklen Stunden sorgen wird.

Der Autor hofft trotz der genannten Fakten nicht den Spaß am Energiesparen genommen zu haben. Klimaschutz und allgemeiner Umweltschutz sollten immer zusammen gedacht werden und besitzen eine nicht zu unterschätzende Komplexität. Zum Schluss: Der/Die Letzte macht das Licht aus „…klick“.

Der Autor ist Referent für Ökologie im AStA.
✉oekologie@asta.uni-koeln.de



Stressbewältigung / Zeitmanagement

Wir nutzen lediglich einen Bruchteil unserer Begabungen und schöpferischen Anlagen: Nichtkönnen ist oft nur verhindertes, blockiertes Können.

Vier inhaltlich unterschiedliche Vorträge mit praktischen Übungen für Studierende der Kölner Hochschulen:

TERMINE Donnerstags 16–17:30 Uhr
05. Mai, 12. Mai,
19. Mai, 26. Mai 2011

ORT Hörsaalgebäude der Uni Köln, Hörsaal A2
Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln (Lindenthal)

THEMEN Selbstvertrauen gewinnen, Stärkung der eigenen Ressourcen, Zeitmanagement, Sorgen-Stopp, Sich-Selbst-Erfüllende-Prophezeihung, Muskel- und Atementspannung

DIE 12 LERNSTUFEN ZUM ERFOLG

Alle Hochleistungssportler, Piloten und Astronauten üben Methoden der Stressbewältigung. Viele erfolgreiche Wissenschaftler, Manager und Künstler beherrschen Entspannungsmethoden und Mentales Training, wodurch sie ihre Konzentration, ihr Gedächtnis, ihre Kreativität und Leistungsfähigkeit erheblich steigern.

Die bewährten Methoden der Stressbewältigung und des Zeitmanagements sind sehr geeignet, um schrittweise Lern-, Arbeits- und Konzentrationsleistungen zu steigern sowie Prüfungsängste abzubauen und im Studium und im Alltag erfolgreicher zu werden.

Kölner Studentenwerk
Psycho-Soziale Beratung
Luxemburger Str. 181–183
50939 Köln
psb-sekretariat@kstw.de

Service rund ums Studium | www.kstw.de

ASta-FILM

Eintritt: 2 Euro
Erstsemester*innen FREI

„Vincent will Meer“
(Tragikomödie, BRD 2010)

Der am Tourette-Syndrom erkrankte Vincent wird nach dem Tod seiner Mutter von seinem Vater, einem Politiker, in eine Fachklinik eingeliefert. Dort trifft er auf die magersüchtige Marie und seinen zwangsneurotischen Zimmergenossen Alexander. Da Vincent den letzten Wunsch seiner Mutter erfüllen möchte, noch einmal das Meer zu sehen, fliehen die drei aus der Klinik. Sie stehlen das Auto von Frau Dr. Rose und fahren in Richtung Italien. Die Asche seiner Mutter hat Vincent in einer Bonbondose dabei. Vincents Vater macht sich zusammen mit Dr. Rose auf die Suche nach den dreien. Zuerst ist er nur darauf aus, seinen Sohn, den er lieblos behandelt, wieder zurück in die Klinik zu bringen....

Mit: Florian David Fitz, Karoline Herfurth
Regie: Ralf Huettner

Mittwoch 13. April 2011 // 19:30 Uhr Hörsaal A1



„Frühstück mit Scot“
(Drama, Kanada 2007)

Ex-Hockeyspieler Eric und sein Partner Sam, ein erfolgreicher Anwalt, leben seit vier Jahren zusammen und legen Wert auf strikte Trennung von Beruf und Privatleben. Ein Kind war definitiv nie geplant. Schon gar nicht eines wie der 11-jährige Scot. Die Bemühungen der unfreiwilligen Väter, dem kleinen Scot seine parfümierten Handcremes und pastellfarbenen Schals auszureden und stattdessen seine Begeisterung für Eishockey zu wecken, führen zu der Frage: Wer ist hier ehrlicher mit sich selbst - Scot, der sich seines Andersseins keineswegs schämt oder zwei schwule Erwachsene, die sich nur hinter der Fassade eines konservativen Männerbildes sicher fühlen?

Mit: Thomas Cavanagh, Noah Bernett
Regie: Laurie Lynd

Donnerstag 14. April 2011 // 19:30 Uhr Hörsaal A1



„El baño del Papa“
(Drama, Uruguay 2007, Original mit Untertiteln)

Beto lebt mit Frau und Tochter in dem verschlafenen Städtchen Melo im Nordosten Uruguays. Seinen Lebensunterhalt verdient er mit waghalsigen Schmuggeltouren per Fahrrad über die brasilianische Grenze. Eines Tages gerät ganz Melo aus dem Häuschen. Papst Johannes Paul II. hat seinen Besuch angesagt und will seine Uruguay-Tournee ausgerechnet in dieser kleinen Stadt beginnen. Mehr als 50.000 Menschen würden zu diesem Ereignis erwartet, wissen die Medien zu berichten. Das dürfte nicht nur der Seele gut tun, da ist auch ein großes Geschäft zu machen. Fortan haben die Einwohner von Melo nur noch eines im Sinn: der riesigen Volksmenge, die den Papst empfangen wird, Sandwichs und Getränke zu verkaufen.... El baño del Papa wurde auf mehreren internationalen Festivals ausgezeichnet und war 2008 der offizielle Oscar-Beitrag aus Uruguay.

Mit: César Troncoso, Virginia Méndez, Virginia Ruiz
Regie: Enrique Fernández & César Charlone

Mittwoch 20. April 2011 // 19:30 Uhr Hörsaal A1



Veranstaltung zum 25. Jahrestag zur Katastrophe von Tschernobyl (Film, USA 1979)

Die für einen lokalen Nachrichtensender arbeitende Fernsehjournalistin Kimberly Wells und ihr Kameramann Richard Adams sind im Zuge ihrer Dreharbeiten an einer Sendereihe über Energie in einem kalifornischen Kernkraftwerk zu Gast. Während sie sich in der Besuchergalerie oberhalb des (schalldichten) Kontrollraums aufhalten, erzittert die gesamte Anlage wie bei einem Erdbeben. Der Zwischenfall, den Besuchern als reiner Routinefall verkauft, weitet sich aufgrund eines defekten Messgerätes und daraus resultierender Bedienungsfehler des Kontrollraumpersonals zu einem schweren Störfall aus, bei dem ein GAU nur knapp vermieden wird. Adams zeichnet das hektische Treiben im Kontrollraum trotz Filmverbot auf. Als sich der Senders weigert, mit dem brisanten Material auf Sendung zu gehen, recherchieren Wells und Adams auf eigene Faust weiter...

Mit Jane Fonda, Michael Douglas, Jack Lemmon

Donnerstag 21. April 2011 // 19:30 Uhr Hörsaal A1



„The Green Wave“
(Dokumentarspiel, Animation BRD 2010)

Präsidentschaftskandidat Mir Hossein Mussawi stieg im vergangenen Jahr zur Symbolfigur der „grünen Revolution“ im Iran auf. Die Präsidentschaftswahlen am 12. Juni 2009 sollten einen Wechsel bringen, aber entgegen allen Erwartungen wurde der ultrakonservative Populist Mahmud Ahmadineschad im Amt bestätigt. So deutlich das Ergebnis ausfiel, so laut und berechtigt waren dann auch die Vorwürfe der Wahlmanipulation. Die anhaltenden „Wo ist meine Stimme?“- Protestdemonstrationen wurden von staatlichen Milizen immer wieder mit brutalen Übergriffen aufgerieben und aufgelöst. Private Aufnahmen von Handys oder Fotokameras zeugen von dieser maßlosen Gewalt: Menschen werden verprügelt, erstochen, erschossen, verhaftet, verschleppt, manche verschwinden spurlos. Zahllose Tote, Verletzte und Folteropfer, und eine weitere tiefe Wunde im Herzen der Iraner bleiben zurück.
Mit: Navid Akhavan
Regie: Ali Smadi Ahadi

Mittwoch 27. April 2011 // 19:30 Uhr Hörsaal A1

„Das weiße Band“
(Drama, BRD / Fran. /Österreich 2009)

Ein Dorf im protestantischen Norden Deutschlands. 1913/14. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Die Geschichte des vom Dorflehrer geleiteten Schul- und Kirchenchors. Seiner kindlichen und jugendlichen Sänger und deren Familien: Gutsherr, Pfarrer, Gutsverwalter, Hebamme, Arzt, Bauern – ein Querschnitt durch die Gesellschaft eben. Seltsame Unfälle passieren und nehmen nach und nach den Charakter ritueller Bestrafungen an. Wer steckt dahinter? Der Film wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet: u.a. mit dem Europäischen Filmpreis 2009, mit dem Deutschen Filmpreis 2010 in zehn Kategorien, mit der Goldenen Palme bei den Filmfestspielen in Cannes 2009, mit dem Golden Globe als bester nicht-englischsprachiger Film 2010; und er war als bester nicht-englischsprachiger Film für die Oscar-Verleihung 2010 nominiert.

Mit: Christian Friedel, Leonie Benesch, Ulrich Tukur
Regie: Michael Haneke

Donnerstag 28. April 2011 // 19:30 Uhr Hörsaal A1



„Sitcom“
(Satire, Frankreich 1998)

Der Film dreht sich um eine großbürgerliche fanzösische Familie.Der Vater Jean bringt eines Tages eine Laborratte nach Hause, vor der sich seine Frau Elaine graust. Sohn Nicolas hat bei einem feierlichen Essen sein Coming Out, das bei seiner Mutter für viel Aufregung sorgt, aber von den Gästen nicht ernstgenommen wird. Der Mann vom Hausmädchen spricht mit Nicolas darüber und entpuppt sich selbst als Homosexueller. Nach dem Essen stürzt sich Tochter Sophie aus dem Fenster und ist fortan querschnittgelähmt. Da sie jetzt in den Geschlechtsorganen kein Gefühl mehr hat, weicht sie beim Sex mit ihrem Freund auf SM-Praktiken aus, der aber betrügt sie mit dem Hausmädchen. Nicolas bricht sein Studium ab und hat homosexuellen Gruppensex in seinem Zimmer. Die Mutter kann sich im Gegensatz zum Vater nicht mit der Homosexualität ihres Sohnes abfinden und verführt ihn, um ihn zur Heterosexualität zu bekehren.
Mit: Evelyne Dandry, Francois Marthouret
Regie: Francois Ozon

Mittwoch 04. Mai 2011 // 19:30 Uhr Hörsaal A1

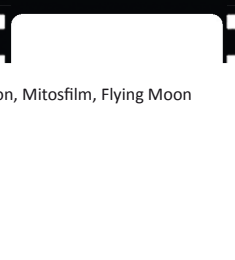


„Der Rat der Götter“
(Drama, DDR 1950)

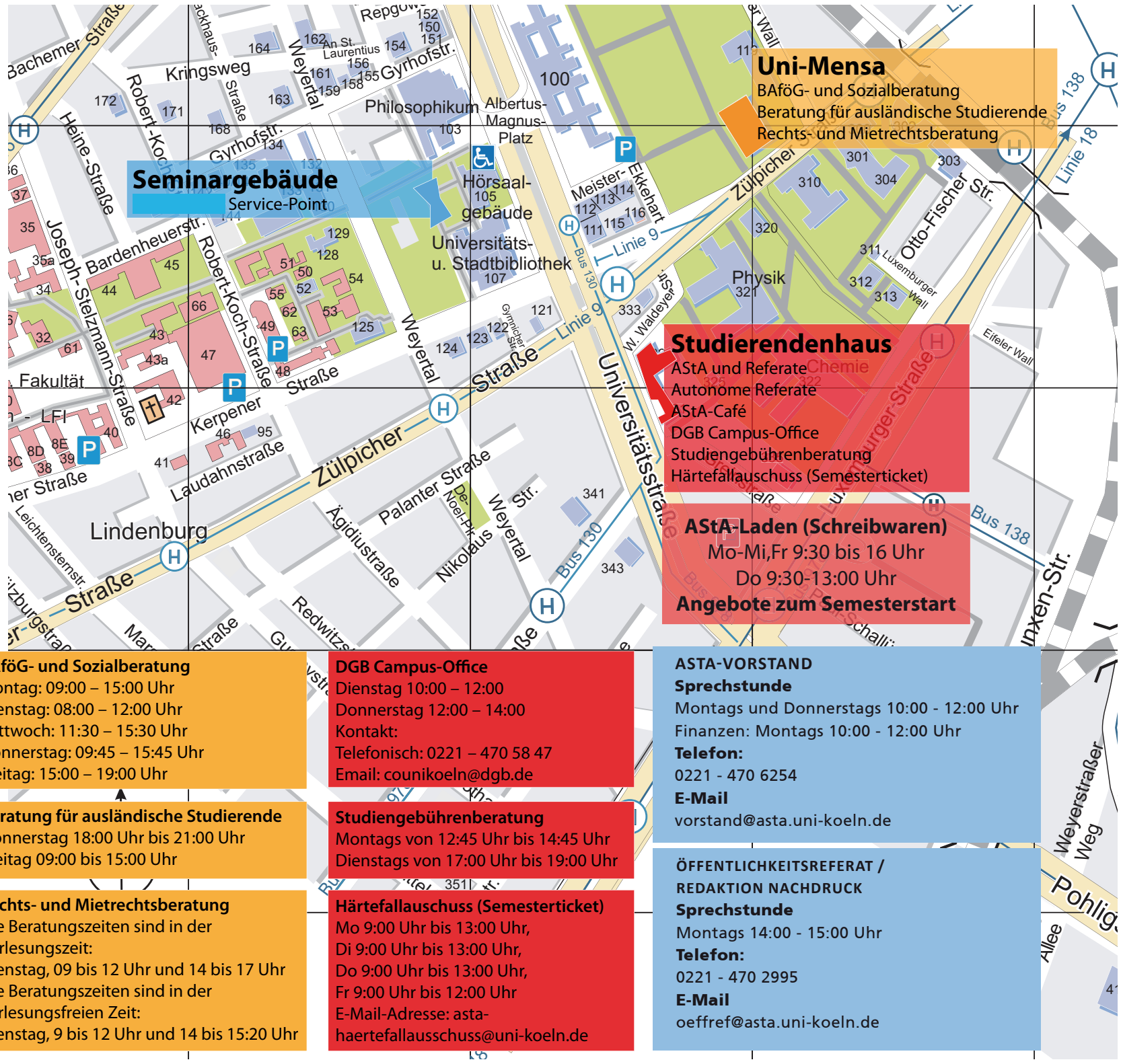
Grundlagen des Films sind eine 1947 erschienene Dokumentation und die Akten der Nürnberger Prozesse. Im Zentrum der Handlung stehen der Vorstandsvorsitzende Geheimrat Mauch - eine Anspielung auf Carl Krauch - und der fiktive Chemiker Dr. Scholz. Beide sind hauptverantwortlich für die Rüstungsproduktion und Giftgasherstellung der I.G. Farben. Gewinnstreben um jeden Preis verleitet die Beteiligten dazu, sich an den Verbrechen des Naziregimes aktiv zu beteiligen. Dr. Scholz verschließt bis 1948 Augen und Ohren, um seine Stellung und die Familie zu retten. Erst als bei einer verbotenen Sprengstoffübung in Ludwigshafen schrecklicher Schaden entsteht, bricht er sein Schweigen.

Mit Geheimrat Mauch, Dr. Hans Scholz
Regie: Kurt Maetzig

Donnerstag 05. Mai 2011 // 19:30 Uhr Hörsaal A1



Bildrechte: kairos Film, Profun Media, Constantin film, Tobis, Warner Bros. Pictures, X-Verleih, Delphi Film, Ventura Film, Real Fiction, Mitosfilm, Flying Moon



BAföG- und Sozialberatung
Montag: 09:00 – 15:00 Uhr
Dienstag: 08:00 – 12:00 Uhr
Mittwoch: 11:30 – 15:30 Uhr
Donnerstag: 09:45 – 15:45 Uhr
Freitag: 15:00 – 19:00 Uhr

Beratung für ausländische Studierende
Donnerstag 18:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Freitag 09:00 bis 15:00 Uhr

Rechts- und Mietrechtsberatung
Die Beratungszeiten sind in der Vorlesungszeit:
Dienstag, 09 bis 12 Uhr und 14 bis 17 Uhr
Die Beratungszeiten sind in der vorlesungsfreien Zeit:
Dienstag, 9 bis 12 Uhr und 14 bis 15:20 Uhr

DGB Campus-Office
Dienstag 10:00 – 12:00
Donnerstag 12:00 – 14:00
Kontakt:
Telefonisch: 0221 – 470 58 47
Email: counikoeln@dgb.de

Studiengebührenberatung
Montags von 12:45 Uhr bis 14:45 Uhr
Dienstags von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Härtefallauschuss (Semesterticket)
Mo 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr,
Di 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr,
Do 9:00 Uhr bis 13:00 Uhr,
Fr 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
E-Mail-Adresse: asta-haertefallausschuss@uni-koeln.de

ASTA-VORSTAND
Sprechstunde
Montags und Donnerstags 10:00 - 12:00 Uhr
Finanzen: Montags 10:00 - 12:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 6254
E-Mail
vorstand@asta.uni-koeln.de

ÖFFENTLICHKEITSREFERAT / REDAKTION NACHDRUCK
Sprechstunde
Montags 14:00 - 15:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 2995
E-Mail
oeffref@asta.uni-koeln.de

ASTA SERVICE-POINT
im Seminargebäude

(Außerhalb dieser Sprechzeiten telefonische Erreichbarkeit oder Zentrale 0221 - 470 2993)

POLITIKREFERAT
Sprechstunde
Dienstags 17:00 - 18:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 6212
E-Mail
bilpol@asta.uni-koeln.de

SOZIALREFERAT
Sprechstunde
Montags 14:00 - 16:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 6251
E-Mail
soziales@asta.uni-koeln.de

FACHSCHAFTSREFERAT
Sprechstunde
Dienstags 12:00 - 14:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 5863
E-Mail
fsr@asta.uni-koeln.de

ÖKOLOGIEREFERAT
Sprechstunde
Montags 10:00 - 12:00 Uhr
Telefon:
0221 - 470 5863
E-Mail
oekologie@asta.uni-koeln.de

REFERAT FÜR KRITISCHE WISSENSCHAFTEN UND ANTIDISKRIMINIERUNG
Sprechstunde
Montags 10:30 - 11:30 Uhr
Telefon:
0221 - 470 2995
E-Mail
kriwi@asta.uni-koeln.de

KÖLNER STUDENTENWERK
Anstalt des öffentlichen Rechts

UNIMENSA

WOCHE VOM 04.04 - 10.04.2011

* = ohne Schweinefleisch ** = fleischlos	**EG Nord** Preiswert und gerne gegessen	**MG Nord** Eintopf- und schmackhafte Tellergerichte	**OG Süd/OG Nord** Vegetaria und Pasta	**EG Süd** Abendangebot
Montag 04.04.	*Rinderhacksteak gratiniert mit Mozzarella auf Senfsauce 1,70 2,25 3,30 Der Klassiker Currywurst mit pikanter Sauce[2] 1,35 1,90 3,00	*Ungarische Gulaschsuppe mit Rindfleisch Röggelchen, Dessert[1] 1,65 2,70 3,80 *Hähnchenragout mit frischen Kräutern Reis, Salat, Dessert[1] 2,25 3,25 4,35 Obstbuffet von Früchten der Saison	DE-ÖKO-013 **Kartoffeltasche gefüllt mit Mozzarellafüllung 1,35 1,90 3,00 **Vegan:** **Rote Bandnudeln mit knusprig gebratenen Zucchiniwürfeln [1] 1,70 2,25 3,30 **Bunte Gnocchipfanne Roma gem.Blattsalat, Tagesdessert 3,10 3,95 5,20	Schweinerückensteak mit Schinken und Käse überbacken,[1,2,3] Kartoffelkroketten[1], Salat, Beerengrütze 2,25 3,25 4,35 **Gartengemüse im Blätterteigpastetchen Mailänder Risotto ,Salat, Beerengrütze 2,20 3,20 4,30
Dienstag 05.04.	6 Stück Cevapcici an einem Gurkenquarkdipp 1,35 1,90 3,00 *Gebratene Poulardenbrust "Indonesia"[1,2] im Chili -Sprossenragout 1,70 2,25 3,30	*Feuriger Rindfleischsalat[2,3,9] Röstkartoffeln, Tagesdessert[1] 1,90 2,95 4,05 Schweinerahmgeschnetzeltes[2,3] mit Champignons Butterspätzle, Salat, Tagesdessert[1] 2,25 3,25 4,35 Obstbuffet von Früchten der Saison	**Berner Kartoffelrösti mit Lauch und Käse gratiniert 1,70 2,25 3,30 **Vegan:** **Fusilli mit Gemüsearrangement 1,70 2,25 3,30 **Blumenkohl- Broccoliauflauf mit Kartoffelscheiben Kräutersoße Blattalat, Früchtemüsli 3,10 3,95 5,20	*Hähnchenschnitzel Cordon Bleu[2] Sahnekartoffeln[1], Salat, Reis Trautmannsdorf[1,3] 2,25 3,25 4,35 **Bunte Nudel- Pfanne mit Gemüseallerlei und geriebenen Pecorrino Salat, Reis Trautmannsdorf[1,3] 2,20 3,20 4,30
Mittwoch 06.04.	*Kleine gegrillte Geflügelschlegel in Pfefferrahmsoße 1,70 2,25 3,30 * MSC Alaska- Seelachsfilet mit Zucchini und Paprika überbacken[1] 1,90 2,45 3,50	Knusprige Rostbratwürstchen[3] mit Zwiebelsoße ,Pommes-Frites[5] , Salat, Tagesdessert[1] 1,90 2,95 4,05 *Gedämpfte Hähnchenbrust mit Avocado Chili -Dipp[2] Kräuterreis, Eisbergsalat, Tagesdessert[1] 2,25 3,25 4,35 + Obstbuffet von Früchten der Saison	**Vegan** : **Vegane Bratwurst[3] mit Currysauce[1,3] 1,35 1,90 3,00 **Kartoffel-Paprikaauflauf [1]Budapest 1,70 2,25 3,30 **Ricotta- Ravioli mit Kräutercreme Blattsalat, Obst der Saison 3,10 3,95 5,20	*Pfannengyros von der Pute, Kräuterquark Pommes Frites[5], Salat, Mandarinenpudding 2,25 3,25 4,35 **Kartoffelpuffer mit Ragout von Waldpilzen Salat, Mandarinenpudding 2,20 3,20 4,30
Donnerstag 07.04.	*Köfta (Rindfleischfrikadellen mit Käse gefüllt) Schaschliksoße[2] 1,70 2,25 3,30 Schweineschnitzel auf Zwiebel- Champignonragout 1,70 2,25 3,30	Kartoffel- Lauch- Suppe mit Bockwürstchen Röggelchen, Dessert[1] 1,65 2,70 3,80 Kartoffel- Lauch- Suppe mit Röggelchen 1,25 2,00 2,90 *Geschmorte Keule vom artgerecht gehaltenen Rind feine Böhnchen, Salzkartoffeln, Dessert[1] 3,40 4,15 5,50 + Obstbuffet von Früchten der Saison	**Gemüsepuffer, Schnittlauchdipp 1,35 1,90 3,00 **Vegan:** **Rigatoni mit Tomaten-Spargelragout 1,70 2,25 3,30 **Hirtenpfanne mit Kartoffelnudeln, Peperoni u. Bohnen, Salat, Quark von Schattenmorellen 3,10 3,95 5,20	*Rinderhacksteak mit Tomaten und Mozzarella überbacken Kartoffelplätzchen, Fingermöhren, Südfrüchtecocktail[1,3] 2,25 3,25 4,35 **Spinatlasagne Torino mit Kräutersoße Salat, Südfrüchtecocktail[1,3] 2,20 3,20 4,30
Freitag 08.04.	*Pangasiusfilet in Backteig gebraten mit Zitronenecke 1,70 2,25 3,30 Geschmorte Hähnchenkeule in Rotweinsauce 1,70 2,25 3,30	**Milchreis mit Schattenmorellen Rosinenweckchen 1,25 2,00 2,90 Hausgemachter Hackbraten auf Rahmsoße Kohlrabi mit Kräutern, Herzoginkartoffeln, Dessert[1] 2,25 3,25 4,35 + Obstbuffet von Früchten der Saison	**Veget. Frühlingsrolle, Orangen- Pfeffersoße 1,35 1,90 3,00 **Vegan :** **Spaghetti mit Soja- Bolognese [1] 1,70 2,25 3,30	*Gebratenes Seelachsfilet, Limonensoße Salzkartoffeln, Salat, Dessert[1] 2,25 3,25 4,35 **Gemüsepaella mit Chili- Maissoße [2] gem. Salat, und Tagesdessert[1] 2,20 3,20 4,30
Samstag 09.04.		*Hähnchenbrust natur mit Mozzarella und Tomate überbacken auf Basilikum -Tomatensauce inklusive 3 Tagesbeilagen nach Wahl 2,25 □ 3,25 □ 4,35 □ **Vegetarisch: Spinatlasagne mit Thymianrahmsoße inklusive 2 Tagesbeilagen nach Wahl 2,20 □ 3,20 □ 4,30 □		

Semesteranfangsparty Le Debut wird ausgesetzt

FINANZIERUNG Probleme mit der Le Debut

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen,

mein Name ist Thomas Köppen, ich bin seit Anfang Februar euer neuer gewählter Finanzreferent. Mit euren Geldern umzugehen – um genau zu sein mit rund 155 Euro der 214 Euro, die ihr jedes Semester zahlen müsst - ist für mich eine Aufgabe, vor der ich höchsten Respekt habe.

Wo Geld im Spiel ist, hört der Spaß auf.

Leider standen die studentischen Selbstverwaltungen in Deutschland in der Vergangenheit immer wieder im Schatten einzelner, skandalöser Vorgänge und daher wird auch meine Arbeit äußerst kritisch beäugt werden. Mir ist bewusst, dass der Umgang mit euren Geldern eine äußerst sensible Angelegenheit ist und auch deshalb werde ich in meiner Haushaltsführung größtmögliche Transparenz schaffen.

Leider bringt es diese Aufgabe mit sich unliebsame Entscheidungen zu treffen. So fällt es mir zu, direkt im Zuge meiner Vorstellung zu erklären warum dieses Semester keine Le Debut stattfinden kann. Die Le Debut ist in den vergangenen Jahren zu einer Institution an der Universität zu Köln geworden. Die Erstsemesterparty fand jeweils zu Semesteranfang in der Mensa statt und hat enormen Zulauf der Kölner Student*innen und vieler anderer feierfreudiger Menschen erfahren. Auch ich habe die Party im Laufe meines Studenten-Daseins drei oder vier Mal besucht. Umso betrüblicher war es für mich, einen Einblick hinter die Kulissen zu bekommen. Denn obwohl die Party in den letzten Jahren immer ausverkauft war, hat sie Verluste in schwindelerregender Höhe verzeichnet.

Die Gründe liegen dabei nicht unbedingt im Missmanagement unserer Vorgänger-Asten. Viel mehr sind sie im zu Grunde liegenden Konzept zu suchen. Seit die Veranstalter gezwungen waren, auch auf Details wie den Feuerschutz zu achten, durften nur noch halb so vielen Besucher*innen Einlass gewährt werden. Auf der anderen Seite sind die Kosten, zum Beispiel für die Miete der Mensa, enorm gestiegen. So wurde aus einer profitablen Party ein finanzieller Ladenhüter.

Pünktlich zu meinem Arbeitsantritt als Finanzreferent haben sich die Party-Rücklagen aufgebraucht: Von 44.000 Euro sind nach Jahren der Verluste nicht einmal mehr 7.000 Euro übrig. Das ist kaum mehr als der durchschnittliche Verlust der letzten Jahre und bei Weitem nicht genug – und das bestätigte mir dann auch mein Vorgänger – für eine weitere Finanzierung der Le Debut. Bei einem Gesamtumsatz von 70.000 Euro ist offensichtlich, dass man mehr Geld in der Hinterhand braucht. Alleine für den Fall, dass es wie aus Eimern schüttet, kommen weniger Leute. Sollte es - warum auch immer - zu gewichtigeren Problemen kommen, so könnten sich schnell auch die Forderungen zu gewaltigen Summen auftürmen. Das kann ich – und jeder andere verantwortungsvolle Finanzreferent – nicht mehr vertreten.

Was aber bleibt den feierfreudigen Student*innen? So schmerzlich die Aussetzung der Le Debut auch sein mag, es besteht noch die eine oder andere Alternative. Das Nachtleben in Köln gehört zu einem der vielfältigsten in Deutschland, sei es am Zülpicher Platz oder weiter die Ringe hinunter. Auch an der Universität wird einiges anderes geboten: Die meisten Fachschaften veranstalten Erstsemesterpartys, außerdem gibt es viele Sommer- und Weihnachtsfeiern. Die Idee einer fakultätsübergreifenden Party, wie die Le Debut es war, ist außerdem nicht gestorben. Wir entwickeln ein Konzept, mit dem alle - auch der Finanzreferent – glücklich sein wird. Die zwei Monate, die wir im Amt sind, haben dafür natürlich nicht ausgereicht.

Die Autor ist Referent für Finanzen im AStA.
finanzen@asta.uni-koeln.de

APRIL

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
04	05	06 **Studiobühne:** „Auf EWIG GemEinsam“ 20 Uhr	07 **Party:** FS PhilFak **freier Eintritt in Kölner Museen** **Studiobühne:** „Auf EWIG GemEinsam“ 20 Uhr	08 **Demo:** In Stolberg, Naziaufmarsch verhindern **Studiobühne,** „Auf EWIG GemEinsam“ 20 Uhr	09 **Demo:** Naziaufmarsch verhindern in Stolberg **Studiobühne:** „Auf EWIG GemEinsam“ 20 Uhr	10
11 **Probebühne:** „Zwei-C-Theater“ 20 Uhr	12 **FS Kunst Vernissage:** Humanwissenschaftliche Fakultät 18 Uhr	13 **1. Ringvorlesung:** Amnesty International Hörsaal II, Hauptgebäude 19:30 Uhr **AStA Film:** Vincent will Meer	14 **1. Ringvorlesung:** Alternativen Denken **Party**:FS Regionalwissenschaften Lateinamerika **AStA Film:** Frühstück mit Scot	15 **Probebühne:** B. Orderland - frisch gestrichen 20 Uhr **Demo:** Nachttanzdemo: 1 Jahr Autonomes Zentrum Köln , 18Uhr	16 **Probebühne:** B. Orderland - frisch gestrichen 20 Uhr	17 **Probebühne:** B. Orderland - frisch gestrichen 20
18 **Probebühne:** B. Orderland - frisch gestrichen 20 Uhr	19 **Party:** FS Jura	20 **2. Ringvorlesung:** Amnesty International Hörsaal II, Hauptgebäude 19:30 Uhr **AStA Film:** El bano del Papa	21 **AStA Film:** 25 Jahre Tschernobyl	22	23	24
25	26	27 **3. Ringvorlesung:** Amnesty International Hörsaal II, Hauptgebäude 19:30 Uhr **AStA Film:** El bano del Papa	28 **2. Ringvorlesung:** Alternativen Denken **Party:** Esi/ Humanwissenschaftliche Fakultät **AStA Film:** Das weiße Band	29 **Party:** Regionalwissenschaften Ostasien Fachschaft	30	01

ALLE FACHSCHAFTS-PARTYS

IM ASTA-CAFE / UNIKUM, UNIVERSITÄTSSTR. 16B

MAI

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag	Sonntag
02	03	04 **4. Ringvorlesung:** Amnesty International Hörsaal II, Hauptgebäude 19:30 Uhr **AStA Film:** El bano del Papa	05 **3. Ringvorlesung:** Alternativen Denken **freier Eintritt in Kölner Museen** **AStA Film:** Rat der Götter	06	07 **Demo:** Kein Bock auf Pro NRW **Party:** Rosa Fete	08
09	10 **Party:** FS WISO	11 **5. Ringvorlesung:** Amnesty International Hörsaal II, Hauptgebäude 19:30 Uhr **AStA Film:** Fair Game	12 **4. Ringvorlesung:** Alternativen Denken **AStA Film:** Wäre die Welt mein	13	14	15